

## REZENSIONEN

**Dennis Hormuth: Das Memorialbuch der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga 1677–1702, Marburg: Verlag Herder-Institut 2015, 504 S.**

Auch wenn die regionalen Quellen zum 17. Jahrhundert vielfach reichlicher zu sprudeln beginnen als für das Mittelalter, ist deren Herausgabe eine undankbare Aufgabe, der sich nur wenige unterziehen. Zu groß ist die zu behandelnde Textmenge, die nicht nur durch die bessere Überlieferungslage bestimmt wird, sondern auch durch eine zunehmend ausufernde Sprache, die Formeln auf Formeln setzt und dadurch den inhaltlichen Kern einer Aussage verwischen kann. Es ist daher generell zu befürworten, wenn sich Dennis Hormuth der Herausgabe des Memorialbuches der Großen Gilde von Riga annimmt, das die Protokolle der Ältestenbank der Gilde von 1677 bis 1702 umfasst. Dieser Band kann als Fortsetzung des in den Monumenta Livoniae Antiquae schon 1844 erschienenen „Buch der Ältermänner grosser Gilde in Riga“ [sic!] gelten, von dem allerdings schon 1908 angemerkt wurde, dass es einer dringenden Neuedition bedürfe.<sup>1</sup>

Die Große Gilde spielte in der Stadtverwaltung des frühneuzeitlichen Rigas eine besondere Rolle, da sie berufsständische, politische, sozial-karitative und allgemeingesellschaftliche Funktionen erfüllte. Sie war Vertreterin der städtischen Kaufleute, die hier auch ihren gesellschaftlichen Status, vor allem im Fastnachtsfest, gespiegelt sahen. Gleichzeitig war die Gilde aber auch ein politisches Organ, in dem die Bürgerschaft (der Gilde) allgemeine Beschwerden an den Rat der Stadt überbringen bzw. vom Rat um Mithilfe gebeten werden konnte. Die Gilde war durch die Stadtprivilegien Rigas nach dem Rat als zweiter Stand in der Stadt festgeschrieben und besaß damit einen großen politischen Einfluss, zumal sich der Rat aus der Gilde rekrutierte. Darüber hinaus war die Gilde auch direkt in die Verwaltung des Stadtkastenkollegiums, der Stadtweide und anderer Einrichtungen involviert. Insofern liefert die hier vorzustellende Edition auch einen Einblick in die innere Verwaltung der Stadt Riga am Ausgang des 17. Jahrhunderts und damit einen wichtigen Beitrag zum politischen Alltagsleben in der Stadt.

Organisatorisch bestand die Gilde aus vier Elementen: dem Ältermann, der auf zwei Jahre gewählt wurde, seinen Titel aber lebenslang behielt; der Ältestenbank, der Leitung der Gilde; dem sogenannten Dockmann, dem Sprecher der Bürgerschaft, der bei der Docke, einem Marienbild, die Kommunikation mit den Ältesten übernahm; der Bürgerschaft der gemeinen Mitglieder sowie den Küchenbrüdern, den Anwärtern auf die Mitgliedschaft in der Gilde. Insgesamt waren in der Großen Gilde ca. 400 bis 500 Bürger der Stadt vereinigt, ca. zwei Prozent der Stadtbevölkerung.

Das hier vorliegende Memorialbuch umfasst nun die Aufzeichnungen der Ältestenbank in ihren Interna sowie die Kommunikation mit dem Rat und der Bürgerschaft. Darüber hinaus gibt es einige wenige chronikalische Anmerkungen, z.B. zu der Serie von Brandstiftungen, die zum verheerenden Stadtbrand vom 21. bis zum 23. Mai 1677 führten.

1 Protokolle des ersten Baltischen Historikertages zu Riga, in: Arbeiten des ersten Baltischen Historikertages zu Riga 1908, Riga 1909, S. XI.

Der Herausgeber hat seiner Edition eine relativ kurze Einleitung vorangestellt, in der er den „inneren Aufbau und [die] Aufgaben der Großen Gilde zu Riga im historischen Kontext des letzten Viertels des 17. Jahrhunderts“ behandelt, wie es im Originaltext heißt. In diesem Teil wird der Forschungsstand, werden aber auch die Rolle, der Aufbau und die Funktion der Gilde im rigischen Kontext erläutert sowie die Gebäude der Gilde vorgestellt und damit der Grund zum Verständnis der folgenden Edition gelegt. Es ist dabei gut, dass der Herausgeber in dieser recht übersichtlichen Einleitung nicht nur auf die deutsche, sondern auch auf die russische und lettische Literatur zu diesem Thema eingeht, wobei der Gebrauch des Wortes „großgildisch“ (z.B. S. 6) doch einige Verwunderung hervorruft.

Der eigentlichen, 431 Seiten langen Edition ist ein nützliches, chronologisches Verzeichnis der protokollierten Sitzungen vorangestellt, welches am Ende durch Orts-, Personen- und Sachregister ergänzt wird, die, wie eine Stichprobe ergab, aber leider nicht vollständig sind. So fehlt z.B. der auf p. 54 erwähnte Johann Reuter für diese Seite im Register.

Die Ausgabe ist vom Herausgeber mit Anmerkungen versehen worden, die das allgemeine Verständnis erleichtern. Allerdings sind diese Anmerkungen nicht durchgängig und hinterlassen teilweise den Eindruck der Zufälligkeit. Dies soll an zwei Beispielen erläutert werden. So findet sich auf p. 60/S. 63 der unkommentierte Eintrag „Die deputirte referirten, wie daß sie des sehligen elterman herrn Adolph Lüdersen wie auch des dockmans [...] [attesten]“, der den Tod eben jenes Ältermanns anzeigt. Einen erklärenden Kommentar zum Tode Lüders(ens) gibt der Herausgeber dann allerdings erst auf p. 62/S. 64, so als ob der Tod vorher nicht erwähnt worden wäre. Auch bleiben die Dokumenteninventare der Gilde auf pp. 38 und 268 unkommentiert, und das, obwohl zumindest das als Nr. 2 aufgeführte „copenbuck von selbiger materie von anno 1540 bis anno 1610“ [p. 38, als Nr. 2 auch auf p. 268] wohl als „Buch der Ältermänner grosser Gilde in Riga“ ediert vorliegt sowie auch die unter Nr. 5 erwähnten Schragen von 1354 wohl als Nr. 69 im gleichen Band der Monumenta Livoniae Antiquae von 1844, S. CLXXIX-CXCVI, abgedruckt wurden. Hier wäre ein Hinweis auf die heute noch erhaltenen bzw. überlieferten Dokumente durchaus angebracht gewesen. Allerdings sollen diese Kritikpunkte nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele, wenn nicht die meisten der Erläuterungen eine wirkliche Lesehilfe darstellen, die dem Leser das nötige Hintergrundwissen vermitteln und das Verständnis des Textes wesentlich erleichtern.

Zur Begutachtung der Editionsqualität wurde die in der Edition auf S. 19 abgebildete Beispielsseite mit der Edition (p. 700/S. 363) verglichen – und auch hier haben sich einige wenige Unstimmigkeiten eingeschlichen:

Edition	Originaltext
Worauff der dockman Marqvart eingefordert [...] es wäre diese zusammenkunfft zu dem ende angestellet [...] als solte er der bürgerschaft kundtthun, ...	Worauff der dockman Marqvart eingefordert [...] Es wäre diese <i>zusammenkunfft</i> zu dem ende angestellet [...] als solte er der bürgerschaft <i>kundt thun</i> , ...
... und sich übrigens nach ihr königlichen mayestät verordnung verhalten.	... und sich übrigens nach ihr <i>könig[ichen]</i> <i>mayest[ät]</i> verordnung <i>verhalten</i> .

Die hier aufgezeigten Abweichungen sind Kleinigkeiten, aber auch ein warnendes Exempel. Schade ist dabei, dass – wie in den Editionsprinzipien unter Nr. 8 ausgeführt – Abkürzungen „stillschweigend nach dem in der Vorlage gewöhnlichen Schreibgebrauch“ aufgelöst wurden. Es wäre angebracht gewesen, z.B. zumindest einmal eine ausgeschriebene Form für ihre *königliche] mayest[ät]* im Text kenntlich zu machen.

Trotz aller Kritik sollte man jedoch nicht in Kleinkrämerei verfallen. Mit der vorliegenden Edition des Memorialbuches der Ältestenbank der Großen Gilde zu Riga ist die Forschung um eine wichtige Edition reicher geworden. Zwar enthält der Band eine sehr bunte Mischung aus „großgildischen“ Interna und Angelegenheiten der Stadtverwaltung sowie der Kommunikation des schwedischen Königs mit seinen Untertanen, doch findet sich hier zudem zahlreiches Material für die verschiedensten Fragestellungen, vor allem zum politischen Interessenausgleich zwischen einzelnen Bürgergruppen in einer frühneuzeitlichen ratsständischen Stadt. Man kann dem Herausgeber nur dankbar sein, dass er die Kärnerarbeit einer über 400 Seiten langen Edition auf sich genommen hat. Riga und die rigische Stadtforschung können sich über die Herausgabe eines wichtigen Dokuments zur Stadtgeschichte wirklich freuen.

Carsten Jahnke, Kopenhagen

**Joachim Bahlcke, Beate Störkuhl u.a. (Hrsg.): Der Luthereffekt im östlichen Europa. Geschichte – Kultur – Erinnerung, Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg 2017, 379 S.**

Im Rahmen der 500-Jahre-Feier der lutherischen Reformation ist unter der Leitung eines Herausgeberteams vom Oldenburger Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ein großformatiger und reich bebildeter Band zu Geschichte und Nachwirkung der Reformation im östlichen Europa entstanden. Der Band ist neben seinem Layout auch aufgrund seiner Mehrsprachigkeit für ein breites Publikum interessant, da er parallel auf Deutsch und auf Englisch publiziert worden ist. Diese Besprechung bezieht sich auf die deutschsprachige Fassung, wobei es keinen nennenswerten Unterschied zwischen den beiden Versionen gibt. Der Band besteht aus 23 relativ kurzen Beiträgen, die jeweils ein mehr oder minder spezifisches Thema umreißen. Dabei gibt es keinerlei Querverweise zwischen den Beiträgen, die aber trotzdem selten Überschneidungen aufweisen. Es fehlt außerdem ein einleitender Beitrag der Herausgeber. Eine Einleitung hätte dem Leser den Aufbau des Bandes erklären und auf übergeordnete Linien hinweisen können. Bei den Beiträgen handelt es sich nun um eine Ansammlung lose miteinander verwandter Annäherungen an den massiven Themenkomplex Reformation im östlichen Europa. Die Artikel weisen überdies keinerlei Bezüge zueinander auf.

Die Qualität der Beiträge ist allerdings durchweg sehr hoch. Sie verfolgen dabei sehr unterschiedliche Ansätze und bedienen weit divergierende Untersuchungsrahmen. Der erste Beitrag, von Winfried Eberhard, bietet einen Überblick über das Reformationsgeschehen in den drei wichtigsten Regionen Ostmitteleuropas – der Adelsrepublik Polen-Litauen, dem Königreich Ungarn und den böhmischen Ländern. Da es sich hier um drei sehr unterschiedliche politische Kulturen handelt, denen Anfang des 16. Jahrhunderts wenig gemein war, gestaltete sich auch die Rezeption der lutherischen Gedanken sehr unterschiedlich. So scheiterte die Reformation letztlich in Polen-Litauen auf friedliche und in Böhmen und Mähren

auf gewaltsame Weise, während es in Ungarn bis heute vielfältige reformierte Gemeinden gibt. Weiterhin weist Eberhard auf die lang andauernde konfessionelle Pluralität hin, die in allen drei Regionen vorherrschte.

Leider kann Eberhards Beitrag, obwohl er als Überblicksdarstellung angelegt ist, nicht als Einleitung zum Band dienen. Es handelt sich um einen gut lesbaren und übersichtlichen Überblick der Reformation in Ostmitteleuropa, der aber keineswegs auf die noch zu behandelnden Themen im restlichen Band hinweist und auch mit diesen nicht in Einklang gebracht worden ist. Die weiteren Beiträge, die allesamt faszinierende Einsichten in enger gefasste Aspekte des Themas bieten, sind manchmal als Einführungstexte konzipiert; so z.B. Maciej Ptaszyński, „Der Anfang oder das Ende der Reformation? Reaktionen auf das Augsburger Interim von 1548 in Polen“ (S. 53-62), Bernhart Jähnig, „Die Bedeutung von Königsberg für Annahme und Ausbreitung der Reformation im östlichen Mitteleuropa“ (S. 97-106), oder Anja Rasche, „Reformation und Hanseraum: Kaufleute, Bücher und Sanktionen“ (S. 135-146). In diesen Beiträgen wird der zu behandelnde Aspekt sehr konzise im Kontext aufgearbeitet, ohne dass der Artikel zu komplex wird.

Andere Beiträge, die freilich auch spannende Themen beleuchten, bieten ein bisweilen unübersichtliches Bild, was nicht zuletzt der generellen Unübersichtlichkeit der Region zuzuschreiben ist. Allerdings ist auch die Kürze der Beiträge sicher ein Faktor für diese Disparität: Abgesehen von dem ersten Überblicksbeitrag ist das längste Kapitel 16 Seiten lang, inklusive großflächiger Bebilderung. Dass auf den wenigen Seiten nicht alles in der gebotenen Länge ausdiskutiert werden kann, ist zu erwarten. So ist der Beitrag von Hans-Jürgen Bömelburg, „Die Lutheraner in Polen-Litauen im 17. und 18. Jahrhundert. Bedrohungskommunikation, nationale Zuschreibungen und kulturelle Positionierung“ (S. 71-81), zwar ein hervorragender Versuch, die ganze Komplexität des Themas auf begrenztem Platz unterzubringen, aber einem uninformierten Leser werden zahlreiche Fragen verbleiben. Dasselbe gilt für Edit Szegedi, „Zur Lutherrezeption in Siebenbürgen. Die Klausenburger Antitrinitarier und der Wittenberger Reformator im 16. Jahrhundert“ (S. 63-70), oder Péter Ötvös, „Glaubensflüchtlinge in der Habsburgermonarchie. Eine Fallstudie zu den österreichischen Lutheranern in Ungarn während des 16. und 17. Jahrhunderts“ (S. 125-131).

Viele Beiträge konzentrieren sich dagegen erfolgreich ohne Abschweifungen auf das vorzustellende Thema. Dazu zählen z.B. Kolja Lichy, „Wider Luthers ‚Satanismus‘? Katholische Reform und lutherische Reformation in Ostmitteleuropa“ (S. 83-92), Eva Kowalská, „Konkurrenten und Verbündete. Lutheraner und Reformierte im Königreich Ungarn während des 17. und 18. Jahrhunderts“ (S. 117-124), oder Joachim Bahlcke, „Bücherschmuggel. Die Versorgung ostmitteleuropäischer Protestanten mit Bibeln, Gesangbüchern und lutherischen Erbauungsschriften in der Zeit der Gegenreformation“ (S. 161-176).

In der zweiten Hälfte des Bandes wenden sich die Autoren kunstgeschichtlichen Themen und späteren Entwicklungen zu, um einem „Luthereffekt“ in Ostmitteleuropa auf die Spur zu kommen. In dieser Hälfte kommt auch die reiche Bebilderung deutlicher zur Geltung, mit einem sichtbarerem Bezug zwischen Text und Bildern. Auch in diesem Teil lässt die Qualität nicht nach; dies gilt insbesondere für die vier sehr anschaulichen Beiträge zur Kunstgeschichte, die zeigen, welche Impulse die Reformation in Ostmitteleuropa hinsichtlich Kunst und Architektur gesetzt hat. Dabei hat jeder der vier Texte einen ganz eigenen Zugang zum Thema. Jan Harasimowicz, „Protestantischer Kirchenbau der Frühen Neuzeit zwischen Stettin, Königsberg und Breslau“ (S. 181-196), und Krista Kodres, „Übersetzungen: Refor-

matorischer Ideentransfer durch Architektur und visuelle Medien im östlichen Ostseeraum“ (S. 211-225), bieten einen weitschweifigen Überblick über protestantische Kirchenarchitektur in den polnischen Gebieten bzw. im Baltikum, von umgewidmeten Pfarrkirchen oder Schlosskapellen bis zu protestantischen Neubauten mit vielen anschaulichen Illustrationen. Beiden Autoren gelingt es, die architektonischen und kunstgeschichtlichen Besonderheiten in einen größeren geografischen und theologischen Kontext einzubetten, so dass diese Texte als Kernstück des Bandes zu betrachten sind.

Der Beitrag von Grażyna Jurkowlaniec, „Konfessionelle Bilder? Die Lutherbibel und die Bibelillustrationen des 16. Jahrhunderts in Polen“, S. 197-209, verdeutlicht anhand von wenigen ausgewählten Bibelillustrationen, dass der lutherische Gedanke, man müsse anschauliche Bibeln in Landessprache unter das Volk bringen, seltsame Auswüchse hervorbringen konnte. So wurden dezidiert lutherische Illustrationen auch in katholischen Bibeleditionen benutzt, wobei die antikatholischen Elemente einfach weggelassen wurden. Auch Evelin Wetter, „Abgrenzung und Selbstvergewisserung. Zur Rolle vorreformatorischer Kirchenausstattungen in Siebenbürgen“ (S. 227-239), zeigt, wie man versuchte, pragmatische Kompromisse zu finden. So wurden vorreformatorische Adiphora (nicht glaubensrelevante Kirchengegenstände) wie Gewänder, Kelche und Altarretabeln übermalt, umgewidmet oder zu besonderen demonstrativen Zwecken aufbewahrt.

Nach diesem reich bebilderten mittleren Teil mutet der letzte Abschnitt unter der Überschrift „Rezeption und Erinnerung“ fast wie ein Anhang an. Die sechs Beiträge in diesem Teil handeln von späteren Entwicklungen, die das Bild Luthers oder der lutherischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert prägen. Hier ist besonders der Beitrag von Anna Mańko-Matysiak, „Gedächtniskulturen auf der Spur – Das Lutherbild in Polen“, S. 243-251, hervorzuheben, in dem das sich ständig wandelnde Lutherbild in polnischsprachigen Quellen seit Mitte des 18. Jahrhunderts nachgezeichnet wird. Die anderen Beiträge in diesem Teil wirken teilweise im Narrativ des Gesamtbandes deplatziert, obwohl sie an sich relevante Teilaspekte gut recherchiert beleuchten. Die Beiträge von Martin Zückert, „Abgrenzung und Integration. Lutherische Traditionen und evangelisch-lutherische Kirchen in der Tschechoslowakei“, S. 267-273, und Katrin Boeckh, „Konfessionelle Identitäten und transnationale Netzwerke. Die lutherische und reformierte Übertrittsbewegung der Ukrainer in Galizien (1925–1939)“, S. 275-285, behandeln Themen des 20. Jahrhunderts, die relativ wenig Anknüpfungspunkte zu den übrigen Beiträgen beinhalten.

Der letzte Beitrag, Małgorzata Balcer, „Die evangelische Friedenskirche ‚Zum Heiligen Geist‘ in Jauer. Ein Erinnerungsort für Deutsche und Polen“, S. 295-303, trägt wiederum einen völlig anderen Charakter, indem er sich mit Erinnerungskultur in der Gegenwart befasst. Anhand von Interviews und publizierten Memoiren stellt Balcer die vielschichtigen Erinnerungen der deutschen Bewohner der schlesischen Ortschaft Jauer, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden, denjenigen der in der Nachkriegszeit angesiedelten polnischen Bewohnern gegenüber und berichtet von dem recht erfolgreichen Versuch, diese beiden Erinnerungskulturen wieder zu vereinen. Als Abschluss für einen Band über „Luthereffekte“ eignet sich der Beitrag gut, obschon er der einzige Beitrag seiner Art bleibt.

Der Band beinhaltet neben den genannten Abhandlungen noch ein ausgiebiges Glossar verwendeter geschichtlicher und theologischer Begriffe sowie eine gesammelte Bibliografie, darüber hinaus ein Personen- sowie ein Ortsregister, letzteres mit sowohl den deutschen als

auch fremdsprachigen Ortsnamen. Dieser wissenschaftliche Apparat ist ein wertvoller Zusatz für den Leser. Der relativ niedrige Preis für die prachtvoll illustrierte Ausgabe trägt dazu bei, dass sie in keiner gut sortierten Bibliothek zur Frühen Neuzeit fehlen dürfte.

Es ist schade, dass keine Einleitung zum Band hinzugefügt wurde, die ihn um einiges handhabbarer und übersichtlicher gestalten würde. Die fehlende Darstellung des Forschungsstandes, die wohl der Kürze der Beiträge geschuldet ist, schmälert den Wert nur unerheblich. Das Buch ist trotzdem noch absolut empfehlenswert – nicht zuletzt wegen der unzähligen Illustrationen – sowohl für Wissenschaftler als auch für interessierte Laien.

Sebastian Rimestad, Erfurt

**Bernd Müller: Erbprinz Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg in Russland 1811–1816. Exil und Aufhebung der Leibeigenschaft in Estland, Oldenburg: Isensee Verlag 2017, 87 S., zahlr. Abb.**

In der Reihe „Oldenburger Forschungen“, herausgegeben im Auftrag des Oldenburger Landesvereins für Geschichte, Natur- und Heimatkunde e.V., sind seit 1996 nunmehr über 30 Titel publiziert worden. Mit dem vorliegenden Band 31 wird das breite Spektrum der veröffentlichten Quellenstudien geografisch über den norddeutschen Raum hinaus bis in das Territorium des Russischen Reiches erweitert.<sup>1</sup>

Der Oldenburger Historiker Bernd Müller, ein ausgewiesener Kenner des Fürstenhauses von Holstein-Oldenburg, taucht in dem vorliegenden, knappe 100 Seiten schmalen Heft einmal mehr in die Geschichte des Adelshauses ein.<sup>2</sup> Im Fokus steht der junge Paul Friedrich August von Holstein-Oldenburg (1783–1853). Zeitlich befasst sich Müller insbesondere mit den Jahren, die der junge Oldenburger Erbprinz im Dienste der russischen Krone verbrachte, oder wie der Verfasser es im Untertitel des Bandes formuliert: den Jahren im „Exil“.

Exil als Bezeichnung einer Dienstzeit – dies sei vorweggenommen – scheint auf den ersten Blick ein wenig irreführend. Zwar waren es die französischen Truppen, die Annexion des Fürstentums durch Napoleon, die August – übrigens samt seines Vaters und Bruders – veranlassten, Oldenburg zu verlassen, doch es war gleichsam auch der selbst formulierte Wunsch des Sohnes, in die Dienste des Zarenhauses zu treten und in ihnen zu verbleiben. Diese Treue zum russischen Herrscher hielt ihn selbst nach dem zweiten Pariser Vertrag von der Rückkehr ins Fürstenhaus des Vaters ab.

Den Motiven für den Verbleib im Ausland nachzugehen, ist der gelungenste Aspekt der Quellenstudie. In ihr werden Aspekte von Adeligkeit, adeligen Tugenden und Handlungsmaximen in den Kontext familiärer Ansprüche gestellt.

Es sind die Jahre 1811 bis 1816, die Müller zum Schwerpunkt seiner Betrachtungen macht. In dieser Zeit ließ der Oldenburger Erbprinz als Generalgouverneur Estlands, der

1 In 2000 wurde mit Bd. 11 „Das Haus Oldenburg in Rußland“, herausgegeben von Egbert Koolmann, das Russische Reich bereits ein Mal in der Reihe thematisch behandelt.

2 Jüngst erschienen: Die frühen Jahre von Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg 1755–1785, Oldenburg 2016; ders.: Oldenburg und der Reichsdeputationshauptschluss 1803. Die Auseinandersetzungen zwischen Russland, Frankreich und Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg um die Besitzungen des Hauses Holstein-Gottorp jüngere Linie, in: Oldenburger Jahrbuch (2016).

nördlichsten Ostseeprovinz des Russischen Reiches, von ihm selbst vorgelegte Reformgesetze ratifizieren, die die gesamte Bevölkerung der Provinz berühren sollten: die sogenannten Bauerngesetze.

Der Zeitraum erschließt sich – und hierin zeigt sich die akribische Quellenarbeit des Verfassers – durch den Quellenfundus im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg, in dem die Originalquellen, die persönlichen Akten wie die Briefwechsel Augusts lagern. Dieser so beeindruckende Quellenbestand harrete lange einer wissenschaftlichen Auswertung. Diese hat Müller nun erfolgreich vorgenommen; seine Einbettung der zeitgenössischen Quellen in Form von Zitaten bereichert die Arbeit und vermittelt einen intensiven Eindruck von den Geschehnissen. Vielleicht hätte – und dies mag als Wermutstropfen benannt sein – eine Vorstellung des Quellenmaterials über die Auflistung der Akten im Literaturverzeichnis hinaus für die Lesenden den Umgang mit der überaus fruchtbaren Forschungsgrundlage verständlicher gemacht.

In streng chronologischer Folge stellt Müller die biografischen Etappen Augusts dar (1. Einleitung, 2. Der Weg ins Exil, 3. Erste Tätigkeiten in Russland, 4. Generalgouverneur in Estland I, 5. Generalleutnant im russischen Hauptquartier, 6. Generalgouverneur in Estland II, 7. Die Agrarreformen von 1816 und die Rückkehr nach Oldenburg), wobei die Entwicklung des Reformpaketes eine gesonderte Gewichtung erhält.

Die Gründe für die Einreise des Oldenburger Fürstensohnes in das Russische Reich mögen vielfältig gewesen sein. Naheliegender ist jedoch die Affinität zum Zarenhaus, die sich bereits anhand der Biografie des jüngeren Bruders Georg (1784–1812) belegen lässt, der 1809 die Schwester des Zaren Alexander I., Katharina Pavlovna, ehelichte. August hatte mit dieser Heirat eine familiäre Bindung an das Zarenhaus erworben, nicht zuletzt erkennbar an der direkten Versorgung mit lukrativen Ämtern im Dienste der russischen Krone. So hatte der jüngere Bruder Georg den Posten des Generalgouverneurs von Estland inne, bereits bevor August selbst nach Russland einreiste. Als 1811 die Inbesitznahme des Herzogtums Oldenburg durch Truppen Napoleons erfolgte, fuhr Herzog Peter gemeinsam mit seinem Sohn August samt des herzoglichen Hofstaates über Berlin nach St. Petersburg, wo er von Georg und seiner Frau Katharina willkommen geheißen wurde. Durch die Protektion der Großfürstin wurde August alsbald zum russischen Generalleutnant und zum Generalgouverneur von Estland berufen. Für August habe sich damit, so Müller, endlich die Chance geboten, aus dem Schatten seines Vaters zu treten.

Augusts Zeit als Generalgouverneur der Ostseeprovinz, die vom Verfasser als biografische Reifungszeit beschrieben wird, ist insgesamt als spektakulär zu bewerten, handelte doch der fremde Oldenburger als Generalgouverneur im Auftrag des Zaren eine neue, dem Ziel nach den Bauernstand entlastende Gesetzgebung mit der führenden landesständischen Ritterschaft aus. Leider bleiben in diesem Kapitel die beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Provinz skizzenhaft, wohingegen aber das Verhandlungsgeschick und die -strategien der Ritterschaft und einzelner ihrer Vertreter sehr klar und nachvollziehbar herausgearbeitet werden. Ein kurzer Exkurs zu den südlicheren Provinzen, Liv- und Kurland, wo sehr ähnliche Reformpakete geschnürt wurden, hätte an dieser Stelle die politische Gemengelage in den Ostseeprovinzen und das Verhältnis zur Zentralregierung ein wenig erhellt. Leider fehlt eine solche komparatistische Ebene; sie hätte womöglich das Analyseraster der Arbeit gesprengt.

Müller wählt mit seinem familienbiografischen Zugang bewusst einen anderen Fokus, der sich aus der vorhandenen Quellenlage im Oldenburger Staatsarchiv ergibt: Überaus erhellend analysiert der Verfasser das Verhältnis des Erbprinzen zu seinem Vater, dem Herzog von Oldenburg. Dabei wird die im Sinne des Erhalts der eigenen Dynastie geformte Positionierung des Herzogs deutlich, die darauf abzielte, den Sohn und späteren Oldenburger Regenten im eigenen Machtbereich zu wissen. Anhand des überlieferten Briefwechsels von Peter wird deutlich, mit welchen Mitteln der Vater versuchte, seinen Sohn zur Rückkehr nach Oldenburg zu motivieren. Lange scheiterte der Herzog am fehlenden Rückkehrwillen seines Sohnes, der wiederum seine Dienstreue vor die Familienpflichten des Hauses Oldenburg stellte. Erst im Sommer 1816, mit Inkraftsetzung der genannten Bauerngesetze, quittierte August den Dienst am Zarenhaus und kehrte nach Oldenburg, an den Herzogshof, zurück.

Gerade in diesen Abschnitten zeigt sich die Stärke von Müllers Schreibstil. Mit der Auswahl prägnanter Zitate werden die persönlichen Konflikte lebendig. Die insgesamt nah an den Quellen konzipierte Arbeit wird durch die Hinzunahme nichtliterarischer Überlieferungen konsequent fortgesetzt, indem Münzen oder Sigel als Analysematerial herangezogen werden. Die Untersuchung endet mit einer kurzen Darstellung der Bauerngesetzgebung und ihrer Bewertung in der v.a. deutschsprachigen Historiografie. Ein ausführliches Personenregister rundet den Band ab.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

**Beata Halicka: „Mein Haus an der Oder“, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2014, 344 S.**

Ich begann „Mein Haus an der Oder“ im Flugzeug zu lesen und bemerkte, dass meine Sitznachbarin mit Interesse auf das Buch schaute. Kurz vor der Landung sprach sie mich darauf an und notierte sich den Titel. Dieser Vorfall wäre nicht weiter ungewöhnlich, wenn sich der Vorfall nicht einige Tage später in einem Zug wiederholt hätte, und noch einmal, als ein Bekannter das Buch in meinem Zimmer sah. Diese ungewöhnliche Häufung von Interessensbekundungen signalisiert bereits, dass Beata Halickas Entscheidung, nach ihrer Habilitation „Polens Wilder Westen“ (2013) über die polnische Neubesiedlung der ehemaligen deutschen Ostgebiete nach 1945 noch ein Buch zu publizieren, welches auch nicht-wissenschaftliche LeserInnen anspricht, richtig war.

Im vorliegenden Band, der 2016 auch auf Polnisch erschien, versammelt die Verfasserin neun teilweise gekürzte Erinnerungsberichte polnischer „Pioniere“. Diese waren 1957 im Rahmen eines öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerbs entstanden. Neusiedler der polnischen Westgebiete wurden dazu aufgerufen, Erinnerungsberichte einzuschicken. 1963 wurden einige davon publiziert, allerdings zensorisch redigiert. Halicka problematisiert diesen Entstehungskontext und fordert die LeserInnen gezielt heraus, mit einem zweifach kritischen Blick zu lesen: um einerseits Selbstzensur und kommunistische Erwartungshaltung gegenüber den Texten zu identifizieren und andererseits Erfahrungen von Enttäuschung, Unrecht und Scheitern herauszulesen, die dem volkspolnischen Erfolgsnarrativ nicht entsprachen. Dafür hat die Herausgeberin gezielt Texte ausgesucht, die 1963 nicht oder nur stark zensiert publiziert wurden. Gleichzeitig berücksichtigt Halicka bei der Auswahl und Übersetzung



der Texte offenbar deren literarische Qualität: Die Erinnerungsberichte sind verständlich und angenehm zu lesen. Es verwundert etwas, dass die Länge der Texte sehr unterschiedlich ist. Der kürzeste füllt drei, der längste 80 Seiten.

Fast 100 historische Fotografien aus unterschiedlichen Archiven ergänzen die Erinnerungsberichte – jedem Bericht folgen mehrere Fotos, meist aus der Region, über die auch der/die VerfasserIn des jeweiligen Berichts spricht. Die meisten stammen von den Fotografen Eugeniusz Kitzmann und Gido Chmurzyński, die im Jahre 1947 im Auftrag des Westinstituts in Poznań die polnischen Westgebiete bereisten. Sie sollten sowohl den kunsthistorisch relevanten materiellen Nachlass der Deutschen als auch das Leben der autochthonen Minderheit, die bereits vor Krieg und Vertreibung in den Gebieten lebte, dokumentieren. Dabei entstanden zahlreiche Bilder von Alltag und Aufbau, die sowohl Autochthone als auch Neusiedler zeigen. Viele davon wurden hier zum ersten Mal veröffentlicht. Das Bildmaterial ist sehr interessant, der Zusammenhang zwischen Bericht und der Auswahl der Fotos wird jedoch leider nicht immer klar. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Fotos geschlossen zu präsentieren und stärker historisch zu kontextualisieren, statt sie als bloße Illustration zu verwenden.

In ihren Erinnerungsberichten thematisieren die AutorInnen ganz unterschiedliche Aspekte der polnischen Besiedlung der neuen Westgebiete. Nina Jagodzińska beschreibt beispielsweise die Gewalt während der Zeit der Befreiung, deren Opfer vor allem Frauen wurden. Stanisław Dulewicz und Jan Krukowski, die als Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister lokale Verwaltungen aufbauten, gewähren Einblick in die administrativen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Aneignung der ehemaligen polnischen Westgebiete, sowie in den Aufbau der Infrastruktur nach dem Krieg. Nahezu alle VerfasserInnen schreiben von wirtschaftlicher Not, Hunger und Entbehrung.

Die Texte beantworten weniger die den Klappentext einleitende Frage, wie lange es dauerte, bis der neue Wohnort zu einem Zuhause wurde, als dass sie zeigen, wie sich Menschen in einer neuen und fremden Umgebung zurechtfinden, mit welchen Problemen und Konflikten sie konfrontiert waren und mit welcher Originalität sie diese lösten. Einige Erinnerungsberichte handeln aber auch von unüberwindlichen Schwierigkeiten, falschen Entscheidungen und vom Scheitern. Mehrere AutorInnen beschreiben beispielsweise den Kampf um die besseren Häuser und Bauernhöfe. Gleich zwei Autoren berichten davon, einen Hof gehabt und wieder abgegeben zu haben – aus wirtschaftlichen Gründen oder aufgrund politischen Drucks. Józef Majewski schreibt am Ende seines Berichts, dass er die Entscheidung, den Hof aufzugeben, mittlerweile bereue, „schließlich haben andere diese Jahre durchgestanden und wirtschaften weiter, wie zuvor, obwohl eine Genossenschaft in der Gemeinde entstanden ist“ (S. 123).

Auch im Hinblick auf die Identifikation mit der neuen Heimat sind bei weitem nicht alle Berichte Erfolgsgeschichten. So schließt Izabela Grdeń ihren Bericht mit den Worten: „Meine Mutter und ich vermeiden es, uns in die Augen zu schauen, da der Frühlingswind wieder den Duft der Felder herbeiweht. In der Stadt ist es so eng, stickig und liebend gerne würde ich wieder aufs Feld hinaus laufen. In die Sonne und an die Luft. Ob wir wohl jemals aufs Land zurückkehren?“ (S. 82)

„Mein Haus an der Oder“ zeigt ein großes Spektrum alltäglicher Erlebnisse der „Neusiedler“ aus Zentral- und Ostpolen in den „wiedergewonnenen Gebieten“. Die autobiografische Perspektive und mithin die Formulierungen eigener Wahrnehmungen vermitteln

eindrücklich, wie schwierig es war, in einem anderen Kulturraum eine neue Existenz aufzubauen. Sie machen neugierig auf weitere Zeitzeugenberichte aus der turbulenten polnischen Nachkriegsdekade.

Imke Hansen, Hamburg/Lüneburg

**Lena Gautam: Recht und Ordnung. Mörder, Verräter und Unruhestifter vor spätzaristischen Kriminalgerichten 1864–1917, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2017, 256 S.**

Lena Gautam beschäftigt sich in ihrer im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 640 „Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel: Interkulturelle und intertemporäre Vergleiche“ entstandenen Dissertation mit den Wechselwirkungen zwischen „Recht“ und „sozialer Ordnung“. Die Autorin geht der Frage nach, welche Auswirkungen die im Zuge der Justizreform in Russland von 1864 entstandenen neuen Rechtsvorstellungen und Institutionen auf die damals bestehende gesellschaftliche Ordnung hatten. Eine Antwort auf diese Frage sucht die Historikerin in den Gerichtssälen, wo nicht nur über Schuld und Unschuld, sondern auch über verschiedene gesellschaftliche Ordnungsentwürfe verhandelt wurde. Die Studie ist in zwei große Abschnitte unterteilt. Im ersten, drei Kapitel umfassenden Teil, werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen thematisiert, unter denen die Justizreform geplant bzw. umgesetzt wurde. Kapitel 1 ist der Zeit vor der Reform gewidmet, während die folgenden Kapitel eine zusammenfassende Darstellung der Justizreform liefern (Kapitel 2) und die Berufsgruppe der Justizangestellten sowie deren Repräsentationstechniken und Legitimierungsstrategien unter die Lupe nehmen (Kapitel 3). Der zweite Teil besteht ebenfalls aus drei Kapiteln (Kapitel 4 bis 6), die jeweils einen konkreten Gerichtsprozess als Fallbeispiel detailliert behandeln. Einem kurzen Ausblick am Ende des Buches werden die Untersuchungsergebnisse vorausgeschickt, die in einem separaten Abschnitt zusammenfassend dargestellt werden. Das Buch enthält darüber hinaus eine Quellen- und Literaturliste sowie einen Index, in den neben Sachbegriffen auch ausgewählte Personen- und Ortsnamen aufgenommen wurden.

Das erste Kapitel ist der Rechtsprechung sowie den in der Zeit vor der Reform herrschenden Ordnungsvorstellungen gewidmet. Am Beispiel der in der Forschungsliteratur bereits mehrfach beschriebenen Bauernunruhen im Gouvernement Kazan' kurz nach der Verkündung der Bauernbefreiung 1861 wird die Interaktion zwischen den Hauptakteuren der lokalen Gesellschaft gezeigt – Bauern, Landbesitzern und lokaler Obrigkeit. Die Analyse der traditionellen gesellschaftlichen Ordnung und herrschenden Rechtsvorstellungen ist für das Thema von Bedeutung, so Gautam, weil diese auch noch nach 1864 Bestand hatten und den Kontext darstellten, „innerhalb dessen sich die Reformgerichte und die Juristen mit ihrem konkurrierenden Ordnungsentwurf behaupten mussten“ (S. 21). Als Erklärung für die auf beiden Seiten zu verzeichnende Gewaltbereitschaft und -anwendung reicht der Autorin die Schwäche der zentralen Staatsmacht vor Ort allein nicht aus. Anhand der Austragung des Konfliktes im Dorf Bezdna zeigt sie überzeugend auf, wie das Misstrauen der Bauern gegenüber den Vertretern der Obrigkeit, der traditionell patrimoniale Charakter ihrer Beziehungen sowie die fehlende Autorität des Amtes die gesellschaftliche Ordnung am Vorabend der Justizreform mitprägten.

Kapitel 2 bietet eine Zusammenfassung der institutionellen und verfahrenstechnischen Aspekte der Justizreform. Da die neue Juristengeneration nicht den Zaren, sondern das Recht als ihre wichtigste Legitimationsquelle betrachtete, auch durch die Offenheit des Gerichtsverfahrens, musste das neue Justizsystem früher oder später mit dem autokratischen Regime in Konflikt geraten. Die Widersprüche der Justizreform kamen in erster Linie durch ihre Unvollständigkeit zum Ausdruck: Die russische Justiz war nach wie vor durch die parallele Existenz verschiedener Gerichtssysteme geprägt und die Kompetenzen der neuen Gerichte wurden nach 1864 mehrfach beschnitten.

Vor diesem Hintergrund scheint das Interesse Gautams für die im dritten Kapitel behandelte Wahrnehmung der neuen Rechtsinstitutionen bzw. ihrer Vertreter folgerichtig. Die Legitimation des neuen Justizsystems war eng mit der Tätigkeit und den Überzeugungen seiner Hauptakteure – der neuen Juristengeneration – verbunden. Auf Grundlage von Memoiren ist es der Autorin gut gelungen, stellvertretend für die ganze Berufsgruppe, das Selbstbild und Selbstverständnis einzelner Vertreter der reformierten Justiz zu zeigen. Die Offenheit der neuen Justiz, die ihr Unterscheidungsmerkmal war, hatte zur Folge, dass die neuen Justizbehörden auf Kooperation und Vertrauen der Bevölkerung angewiesen waren, da diese eine der wichtigsten Quellen ihrer Legitimität darstellten. Neben aufschlussreichen, die Bereiche Berufsethik und Professionalisierung betreffenden Beobachtungen schenkt die Autorin der symbolischen Präsentationen viel Aufmerksamkeit. Während allerdings Verhaltensmuster der Beamten und Sitzungsrituale zum Gegenstand einer eingehenden Betrachtung werden, behandelt Gautam die vielversprechende Problematik der Raumgestaltung in den neuen Gerichtsgebäuden nur am Rande.

In den Kapiteln 4 bis 6 werden drei Gerichtsprozesse aus den Jahren 1892–1909 ausführlich analysiert. Anhand dieser ausgewählten Fallbeispiele geht die Autorin den zu Beginn der Studie gestellten Fragen nach. Kapitel 4 liegt der die Unruhen an der Wolga während der Cholera-Epidemie der frühen 1890er Jahre verhandelnden Gerichtsprozess zu Grunde. Der Vergleich der im Dorf Bezdna im Jahre 1861 ausgebrochenen Unruhen (Kapitel 1) mit den Unruhen an der Wolga dreißig Jahre später erlaubt zwar, die Kontinuitäten in den Beziehungen zwischen den Bauern und der Obrigkeit herauszuarbeiten, verliert jedoch zugleich an Überzeugungskraft durch den Umstand, dass es die bäuerliche Selbstverwaltung, die 1892 eine der wichtigsten Konfliktparteien darstellte, vor der Reform in dieser Form nicht gegeben hatte. Der Konflikt von 1892 wurde hauptsächlich zwischen einfachen Bauern und den Vertretern der bäuerlichen Administration ausgetragen und gehörte damit zur Kategorie „Verbrechen gegen die Ordnung der Verwaltung“ bzw. „Amtsverbrechen“. Wie die von Gautam durchgeführte Analyse der Gerichtsstatistik zeigt, klafften die Gerechtigkeitsvorstellungen der Justizbeamten und der Bauern bei Konflikten dieser Art besonders weit auseinander. Dieser Befund wird durch die Schilderung unterschiedlicher Perspektiven und Strategien der Prozessbeteiligten untermauert. Darüber hinaus sieht die Verfasserin anhand der Prozessakten des Saratover Gerichtshofes ihre anfangs aufgestellte These bestätigt, dass die Bauern im Umgang mit den staatlichen Gerichten äußerst geschickt vorgehen. Um ihre Chancen im Gerichtssaal zu steigern, passten sie sich den Erwartungen der offiziellen Justiz an, indem sie ihre Argumente und Aussagen mit den Vorstellungen der Justizbeamten sowie der Deutungs- und Ordnungslogik der Gerichte (so wie sie sich diese vorstellten) in Einklang brachten. So verhielt sich beispielsweise auch der Hauptangeklagte des Prozesses von 1892 Arkannikov. Die Frage, wie selbstständig er bei der Auswahl seiner im Prozess

verfolgten Strategie und der Verfassung seiner Bittschriften handelte, lässt sich anhand der Ausführungen von Gautam allerdings nicht eindeutig beantworten.

Der im Jahr 1909 in Cherson geführte, den Mord an Tatjana Skadovskaja verhandelnde Prozess (Kapitel 5) wurde von der Autorin als Beispiel für die Entwicklungen auf dem Gebiet der Rechtsprechung gewählt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts fanden in den Gerichtsverfahren zunehmend Erkenntnisse aus verschiedenen wissenschaftlichen Zweigen Anwendung. Zu den Wissensbereichen, die im Russland des späten 19. Jahrhunderts einen schnellen Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung durchliefen und immer größeren Einfluss auf die Justiz ausübten, gehörte die Psychiatrie. Am Beispiel der Expertentätigkeit des Mediziners und Psychiaters Vladimir M. Bechterevo wirft Gautam die Frage nach der Rolle des Expertenwissens auf. Bechterevo stand im Mordprozess von 1909 an der Spitze einer Expertengruppe und argumentierte erfolgreich gegen die Schuldfähigkeit des Angeklagten. Aufgrund des großen Interesses der Öffentlichkeit an Prozessen, die dem in diesem Kapitel dargestellten Verfahren ähnelten, erhielt das breite Laienpublikum erste Erkenntnisse aus verschiedenen Wissensbereichen, deren Vertreter als Sachverständige für die Gerichte tätig waren. Dass sich die Gerichte angesichts eines schnellen Wandels in immer größerem Maße auf Expertenwissen angewiesen sahen, hatte unter anderem zur Folge, dass die Wissenschaftler zu einer einflussreichen Gruppe wurden und aktiv an der Rechtsprechung mitwirkten.

Bei der Beschreibung des letzten Fallbeispiels konzentriert sich Gautam in Kapitel 6 auf die politischen Diskussionen über die Rechtsförmigkeit in Russland zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917. Der Fokus liegt hier auf dem bekannten politischen Prozess gegen den ehemaligen Direktor des Polizeidepartments A.A. Lopuchin, der sich für die Bekanntgabe von Informationen über den Geheimmitarbeiter der Polizei Azef vor der Besonderen Behörde beim Regierenden Senat verantworten musste. Das Kapitel beginnt mit einer Darstellung der der Festnahme von Lopuchin vorausgehenden Ereignisse und schildert ausführlich die das Vorgehen der Geheimpolizei betreffende öffentliche Debatte, den Verlauf der Gerichtsverhandlung sowie die Reaktion auf das Urteil. Angesichts einer heftigen Debatte über die Legitimität des Einsatzes von Provokateuren seitens der Ermittler sah sich die Regierung gezwungen, den Lopuchin-Prozess möglichst transparent und unter strenger Einhaltung der rechtlichen Vorschriften zu gestalten. Daher entschied man sich nicht für die rechtlich noch immer mögliche administrative Verfolgung oder ein geschlossenes Verfahren, sondern für einen offenen Prozess. Und auch wenn der Versuch, die Regierung vor Vorwürfen einer rechtswidrigen Verurteilung zu schützen, am Ende doch fehlschlug, zeigte der Fall mit aller Klarheit, dass Russland zwar – selbst nach den zeitgenössischen Maßstäben – kein Rechtsstaat war, es dennoch ein politisches System hatte, das von den „Spielregeln des Rechts“ durchdrungen war (S. 196). Vielleicht ist diese Schlussfolgerung eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung.

In ihrer Studie nutzt Gautam gekonnt alle Möglichkeiten, die Austragung von Konflikten in der Vergangenheit Historikerinnen und Historikern dadurch zu eröffnen, dass sie allen Beteiligten die Chance boten, ihre Ordnungsvorstellungen und -wünsche darzulegen und zu verteidigen. Darüber hinaus sind die Auseinandersetzungen in der Regel deutlich besser dokumentiert als das gewöhnliche Alltagsleben. Eine Erläuterung der Auswahlkriterien für die ausgesuchten Fallbeispiele sowie eine bessere Ausschöpfung des Informationspotentials der Gerichtsstatistik zwecks einer möglichst differenzierten Darstellung der angesprochenen

Themen hätten die Argumentation noch verstärkt. Eine Vervollständigung des Registers durch die Aufnahme aller Orts- und Personennamen hätte bei der Vereinheitlichung ihrer Schreibweise helfen können. Diese kleineren Kritikpunkte sollen jedoch nicht die Tatsache schmälern, dass die Studie einen informativen und anregenden Beitrag sowohl zu den Wechselwirkungen von Rechts- und Herrschaftssystemen als auch zu den in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Russlands herrschenden Ordnungsvorstellungen darstellt.

Dmytro Myeshkov, Lüneburg

**Benjamin Conrad: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014, 382 S., 9 Karten.**

„Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht“ – dieses Zitat aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ stellte Alfred Döblin dem Bericht über seine Reise in Polen im Jahr 1924 voran.<sup>1</sup> Damit bezog er sich zunächst positiv auf die Wiedergeburt des polnischen Staates: Mit der Errichtung eines demokratischen Nationalstaats hätten die Polen der Macht der Imperien, die das Land zuvor unter sich aufgeteilt hatten, eine Grenze aufgezeigt. Erst beim zweiten Lesen offenbart sich freilich der Doppelsinn des Zitats: Aus Sicht der in den polnischen Nationalstaat inkorporierten Minoritäten besaß die neu gezogene Staatsgrenze, nun als Subjekt des Satzes verstanden, auch einen repressiven Charakter.

In seiner Mainzer Dissertation zeichnet Benjamin Conrad den Entstehungsprozess der polnischen Staatsgrenzen von 1918 bis 1923 nach. Im Sinne einer „forschenden Synthese“ (S. 291) verfolgt er das Ziel, die zuvor meist einzeln analysierten Grenzziehungsprozesse zu allen Nachbarstaaten der Zweiten Polnischen Republik in ihrem Zusammenhang zu sehen. Sein Hauptinteresse gilt der „Perspektive der wichtigsten Regierungsakteure Polens“ (S. 13): Zu erklären sei, warum sich in der Praxis das von Roman Dmowski und seinem Polnischen Nationalkomitee (*Komitet Narodowy Polski*, KNP) vertretene Inkorporationskonzept, das eine Polonisierung der nichtpolnischen – insbesondere litauischen, belarussischen und ukrainischen – Minderheiten vorsah, gegen föderative Ideen, wie sie Teile des sogenannten Belweder-Lagers um Józef Piłsudski befürworteten, durchgesetzt habe. Als Ziel der Arbeit bestimmt Conrad folglich auch, den Einfluss divergierender Konzepte von Nation auf den Grenzziehungsprozess zu rekonstruieren. „Zentrale Akteure“ will er dabei nicht als bloßen Ersatzbegriff für Geschichte machende „große Männer“ verstanden wissen, jedoch betont er die Exklusivität des handelnden Personenkreises; den von der Grenzziehung Betroffenen seien mit Ausnahme der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet lediglich „Statistenrollen“ (S. 24) zugefallen. Die Grundlage seiner Untersuchung bilden neben zahlreichen bereits edierten Dokumenten hauptsächlich Quellen aus staatlichen Archiven in Warschau und Moskau.

Nach einem knappen Überblick über die polnischen Teilungsgebiete im „langen 19. Jahrhundert“ beginnt Conrad chronologisch mit der Verhandlung der polnischen Grenzfrage während des Ersten Weltkriegs (S. 49-87). Hier legt er dar, wie das Heft des Handelns in

1 Alfred Döblin: Reise in Polen. Mit einem Nachwort von Marion Brandt, Frankfurt a.M. 2016, S. [7]. Vgl. auch ebenda, S. 356 f.

der polnischen Frage von Russland zunächst auf die Mittelmächte und schließlich auf die Westalliierten übergang: Während die Versuche der beiden Erstgenannten, die polnischen Autonomiebestrebungen für ihre Zwecke zu vereinnahmen, letztlich ihr mangelndes Interesse an polnischer Selbstständigkeit nicht hätten verdecken können, habe sich die westliche Entente – auch infolge der Lobbyaktivitäten polnischer Exilpolitiker – entgegen ihren ursprünglichen Absichten zur Fürsprecherin polnischer Eigenstaatlichkeit entwickelt, freilich ohne sich in der Frage der konkreten territorialen Ausgestaltung eines polnischen Staates bereits definitiv festzulegen. In einem weiteren Kapitel beleuchtet Conrad den Schwebeszustand, in dem sich die nun gegründete Zweite Polnische Republik 1918/19 befand. Er schildert die beginnenden militärischen Auseinandersetzungen mit der kurzlebigen Westukrainischen Volksrepublik um Ostgalizien, jene mit der Tschechoslowakei um das Teschener Schlesien sowie mit Deutschland im Rahmen des Großpolnischen Aufstandes (S. 89-125).

In den darauffolgenden Kapiteln weicht Conrad vom chronologischen Gliederungsprinzip ab und untersucht nacheinander die Genese der West- und Südgrenze im Rahmen der Pariser Friedenskonferenz (S. 127-190), der Ostgrenze im Rahmen des polnisch-sowjetischen Krieges (S. 191-251) sowie der Nordgrenze zu Litauen und Lettland (S. 253-280). Im ersten Fall stellt er fest, dass die polnische Delegation eher Objekt als Subjekt der Pariser Friedensverhandlungen gewesen sei und sich gegen britische und amerikanische Vorstellungen eines Ausgleichs mit dem besiegten Deutschland nicht habe durchsetzen können; so musste sie den Status Danzigs als Freie Stadt außerhalb des neuen polnischen Staates sowie Volksabstimmungen in Oberschlesien und den Abstimmungsgebieten Allenstein und Marienwerder hinnehmen. Dass die deutsche Seite bei den Plebisziten, insbesondere in den beiden letztgenannten Gebieten, im Vorteil war, erklärt Conrad neben der Einberufung polnischer Abstimmungsberechtigter zum polnisch-sowjetischen Krieg auch damit, dass konfessionelle Bindungen für die nationale Selbstidentifikation in vielen Fällen stärker gewirkt hätten als sprachliche (S. 161 f., 173). Auch die diplomatische Regelung der Teschener Frage habe primär den tschechoslowakischen Vorstellungen entsprochen (S. 188).

Das zunehmend offensive Vorgehen der polnischen Führung im Osten erscheint vor diesem Hintergrund auch als Folge einer Enttäuschung über die Positionierung der Westalliierten in Paris. Als Gründe für die Erfolglosigkeit der Versuche, nach der definitiven Zerschlagung der Westukrainischen Volksrepublik mit rumänischer Hilfe im Juli 1919 eine diplomatische Regelung der polnischen Ostgrenze zu erzielen, führt Conrad den geringen Rückhalt föderativer Ideen bei potentiellen Partnern Polens – insbesondere bei Litauern und Belarussen (S. 210 f.) – sowie das Misstrauen der polnischen Führung gegenüber der Friedensbereitschaft der Bolschewiki (S. 229) an. Von der Föderationsidee des Belweder-Lagers sei lediglich die Idee eines ukrainischen Pufferstaats übrig geblieben, dessen Errichtung das zentrale Ziel des nunmehrigen Staatsoberhauptes Piłsudski im Krieg gegen Sowjetrußland gewesen sei. Nach einer konzisen Darstellung des Kriegsverlaufs erklärt Conrad das Fallenlassen dieser Idee seitens der polnischen Führung, die infolge der Friedensverhandlungen von Riga im Austausch gegen territoriale Zugeständnisse der Sowjets die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) offiziell anerkannte, als Ausdruck polnischer „Staatsräson“ (S. 249). Während die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen damit besiegelt war, ließ der Friede von Riga die staatliche Zuordnung Wilnas (poln. Wilno, lit. Vilnius) jedoch offen. In einem

weiteren Kapitel analysiert Conrad daher die Genese der polnischen Nordgrenze und bewertet hier die polnische Eingliederung des Wilnaer Gebiets mit militärischen Mitteln klar als Annexion, verweist allerdings auch darauf, dass die sowjetische wie postsowjetische litauische Historiografie die ethnischen Verhältnisse im fraglichen Gebiet in ihrer Bewertung des polnischen „Imperialismus“ nicht angemessen problematisiere (S. 274).

Insgesamt kann es als großer Vorzug der Arbeit gelten, dass eine Gesamtbetrachtung des polnischen Grenzziehungsprozesses eine Distanzierung von tradierten nationalen Deutungsmustern erlaubt, wie sie Untersuchungen aus bilateraler Perspektive häufig kennzeichnen. Gestützt auf eine umfassende Rezeption der relevanten Forschung – die Bibliografie verzeichnet Titel in nicht weniger als 13 Sprachen (Polnisch, Deutsch, Tschechisch, Slowakisch, Rumänisch, Ukrainisch, Belarussisch, Russisch, Lettisch, Litauisch sowie Englisch, Französisch und Italienisch) – gelingt es Conrad vielfach, Einseitigkeiten in den beteiligten nationalen Historiografien zu korrigieren.

Die forschungspragmatisch nachvollziehbare Beschränkung auf „zentrale Akteure“ führt freilich, wie Conrad selbst in seinem Fazit einräumt, zu perspektivischen Verengungen. Dies gilt insbesondere für die Ausblendung der Frage, wie die Entstehung der polnischen Staatsgrenzen zeitgenössisch in der massenmedialen Öffentlichkeit verhandelt wurde. Dass in der jüngeren historischen Erforschung internationaler Politik die Reflexion über die Rolle von Massenmedien als *Movens* wie auch als Instrument außenpolitischen Handelns zu einem erweiterten Akteursbegriff geführt hat,<sup>2</sup> findet hier keine Berücksichtigung. Dabei liegt die Relevanz öffentlicher Kommunikation nicht nur im Fall der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet auf der Hand; auch wenn der mangelnde Rückhalt der Föderationsidee bei den östlichen Nachbarvölkern Polens als ein Grund für deren Scheitern angeführt wird, wäre es aufschlussreich gewesen, mehr über die Verhandlung föderativer Ideen in den zeitgenössischen Öffentlichkeiten zu erfahren.

Unabhängig von diesem Einwand ist festzuhalten, dass Benjamin Conrad eine fundierte und gut lesbare Studie vorgelegt hat, auf die jeder an der Geschichte der Zweiten Polnischen Republik Interessierte dankbar zurückgreifen wird.

Kai Johann Willms, München

2 Vgl. etwa Frank Bösch, Peter Hoeres: Im Bann der Öffentlichkeit? Der Wandel der Außenpolitik im Medienzeitalter, in: Dies. (Hrsg.): Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 7-35.

### **Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 478 S.**

Mit ihrer Veröffentlichung „Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg“ leistet Ekaterina Makhotina einen umfassenden Beitrag im Bereich der Erinnerungsforschung. Erst in jüngerer Vergangenheit unabhängig gewordene Länder wie Litauen, das während des Zweiten Weltkrieges zunächst eine sowjetische, dann eine deutsche Besatzung und schließlich die Inkludierung in die Sowjetunion erfuhr, stellen interessante Forschungsbasen dar. Öffentliche Räume, Museen und Erinnerungspraktiken sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Akteure, deren Motivationen und Intentionen

im Umgang mit der Vergangenheit, rücken in den Forschungsfokus erinnerungskultureller Studien.

In sieben Kapiteln behandelt die Verfasserin umfassende Themenblöcke. Zunächst widmet sie sich der Nachkriegszeit bis 1990 und im Anschluss daran der Zeit danach. Der erste temporale Raum umfasst die Anfänge eines sowjetischen Narrativs, den Umgang mit der Vergangenheit in litauischen Museen und die (Nicht-)Verortung der jüdischen Opfer. Im anschließenden Abschnitt blickt sie auf die Veränderungen in Museen, den differenzierten Umgang mit jüdischen Opfern sowie die konkreten Akteure, Räume und Praktiken nach 1990, dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit. Bereits die Gliederung lässt erkennen, dass die Thematisierung des Umgangs mit den jüdischen Opfern gesonderte Aufmerksamkeit verdient und dass darauf ein Schwerpunkt der Studie liegt. Jedes Kapitel beinhaltet eine Einleitung und einen Schluss, wobei sich dem Leser die Frage stellt, weshalb Kapitel sechs eine Zusammenfassung vermissen lässt und dadurch mit der bis dahin angewandten Gliederungsstruktur gebrochen wird.

Die klar strukturierte Einleitung weist einen reichen Fragenkatalog auf, in dem sich der Leser anfänglich zu verlieren Gefahr läuft. Sich dessen bewusst, betont die Autorin „die Breite des gewählten Fokus [...], um die Entwicklung der Kriegserinnerung von ihrer Konstruktion (1943/44) bis zu ihrem Abbau bzw. ihrer Fragmentierung nachzuzeichnen und zu verstehen“ (S. 13). Fragen, welche im Verlauf der Kapitel beantwortet werden sollen, sind die nach Akteuren, Formen, Logiken und Funktionen der sowjetischen Erinnerungskultur sowie dem Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg nach 1990 bzw. gegenwärtigen Praktiken. Makhotina untersucht vor allem Museen, sowjetische sowie nachsowjetische litauische, und stellt ihrer Analyse folgende Fragen voran: „Was sind die neuen Opfer- und Heldenmotive und welche Opfergruppen stehen hier nebeneinander bzw. gegeneinander? [...] Gibt es etwa Elemente der sowjetischen Inszenierung, die nun für die neue Erzählung de-kontextualisiert und neu verwendet wurden? Kann man von einer sowjetischen Tradition der Präsentation – etwa im Bereich der emotionalisierten Ästhetik – sprechen?“ (S. 12 f.) Bei der Verortung im aktuellen Forschungsstand nennt die Autorin einschlägige Literatur aus dem Bereich der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung, die auf zahlreiche Studien sowie auch auf die hier besprochene Publikation prägenden Einfluss ausübte. Diesbezüglich wäre neben der Zusammenfassung der nennenswerten Abhandlungen eine konkrete Abhebung von diesen und somit frischer Wind in den theoretischen Ansätzen des Forschungsbereiches erfreulich gewesen.

In den ersten drei Kapiteln blickt die Autorin zunächst auf die Entstehung und Entwicklung der sowjetlitauischen Geschichtspolitik, ausgewählte Museen, Gedenkstätten und Denkmäler sowie das Gedenken an die jüdischen Opfer. Einen wichtigen Akteur im litauischen Erinnerungsdiskurs stellte die Partielite des Landes dar. Den Fokus legte diese auf die Verfolgung nationaler Interessen. Im Mittelpunkt standen dabei die antibourgeoise, sozialistische Charakterisierung der Nation sowie die klare Distanz zum Katholizismus. Die Sowjetmacht, die mit ihren Zugeständnissen an die nationalen Interessen ihre Macht sicherte und stabilisierte, wurde als Befreier von der deutschen Besatzung kommuniziert. Nachdem unter Stalin der Zweite Weltkrieg weitaus weniger im Mittelpunkt gestanden hatte, änderte sich dies in den 1960er Jahren. Die Erinnerungspolitik der darauf folgenden Jahre zeichnete sich durch die Zentralisierung der Opfer und die weitgehende Ausblendung der eigenen Täterschaft aus. Makhotina betont diesbezüglich die Darstellung des von



den Litauern selbst gewählten bzw. etablierten Sozialismus im Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg als litauische Besonderheit.

In den sowjetlitauischen Museen dominierte nicht das nationale, sondern das von oben, mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei als einem der Hauptakteure, auferlegte Narrativ des Klassenkampfes. Darüber hinaus waren die Brutalität der deutschen Besatzer sowie litauische Widerstandskämpfer Thema. Die Oktoberrevolution sowie die Präsentation der Sowjetarmee als Befreier im Jahr 1944 fungierten als Gründungsmythen. Je nach den Umständen der Zeit passten Museumsverantwortliche die Ausstellungen gemäß den aktuellen Feindbildern der Sowjetunion an und kreierte dementsprechend Narrative, welche antiwestdeutsche oder antiamerikanische Bilder inkludierten bzw. nachzeichneten.

Der These einer gänzlichen Tabuisierung des Genozids an der jüdischen Bevölkerung im sowjetischen Litauen widerspricht Makhotina. Die ermordeten 200 000 Juden, die 96 Prozent der jüdischen Bevölkerung Litauens ausmachten, wurden im Nachkriegsdiskurs ohne nationale Hervorhebung der Gesamtheit der Opfer zugerechnet. Die Autorin hebt hervor, dass hier nicht von einer Tabuisierung, sondern vielmehr von einer Marginalisierung die Rede sein kann. Insbesondere in der stalinistischen Zeit erschwerte die antijüdische Haltung des Regimes das Erinnern an jüdische Opfer. Generell sollte der Assimilierung der Juden ohne eigene Identität nichts im Wege stehen. Durch diese offizielle Erinnerungshaltung entstand für diese Gruppe in Litauen ein Gedenken im privaten Raum. Vor allem zeigen dies Friedhöfe, deren Betreiber sich dem Einfluss von oben noch am ehesten entzogen. Der Publikation ist zu entnehmen, dass der Umgang mit den jüdischen Opfern sowie die nicht thematisierte Täterschaft aus den eigenen Reihen für den unabhängigen Staat eine schwierige Hinterlassenschaft der Sowjetzeit darstellte.

Im Anschluss rückt in den vier Folgekapiteln die Zeit nach 1990 in den Fokus, konkret die museale Repräsentation des Zweiten Weltkrieges und des Stalinismus, das veränderte Gedenken an die jüdischen Opfer und den Holocaust sowie verschiedene Akteure, Räume und Praktiken bezüglich des Zweiten Weltkrieges. Unmittelbar nach dem Erlangen der Unabhängigkeit ging es in der Aufarbeitung vor allem darum, die Souveränität Litauens zu untermauern. Erneut fällt auf, dass in diesem erinnerungskulturellen Rahmen beispielsweise Juden und Russen keinen Platz fanden. Im weiteren Verlauf der neu konstruierten Erinnerung mussten sowjetische Museen und Denkmäler gleichermaßen weichen. Primär, so Makhotina, fokussierte die historische Umkodierung vor allem die Abrechnung mit der sowjetischen Besatzungsmacht, wohingegen der Zweite Weltkrieg, die deutschen Besatzer und deren Opfer kaum Eingang in den Erinnerungsrahmen fanden.

In den Blick rückte der sowjetische Terror, unter dem in der neuen Geschichtsschreibung exklusiv die Litauer zu leiden hatten. Hierfür wurde nun sogar der Begriff „Genozid“ verwendet, auch wenn dies in der internationalen Erinnerungsforschung auf Kritik stieß. Den Opfern des Holocausts ermöglichte eine liberalere Haltung gegenüber der Vergangenheit ebenfalls den Zugang zum öffentlichen Diskurs. Diesbezüglich stellen die Stätte der Massenvernichtung der Juden *Paneriai* und deren Museum den wichtigsten Erinnerungsort dar. Zuletzt führt die Autorin die unterschiedlichen Räume und Akteure der Feierlichkeiten hinsichtlich des 9. Mai auf und zeichnet diese anhand der diesbezüglichen Aktivitäten des Jahres 2013 nach. Vielfach aufgeladen, liegen dem Gedenken an diesem Tag unterschiedliche Motivationen zugrunde: die Erinnerung an den Krieg, die Gemeinschaftsbekundung, dem Abgrenzen an die offizielle Gedenkpolitik des Landes und anderen. In der Zusam-

menfassung betont die Autorin, dass die Feierlichkeiten demnach eine sowohl politische als auch kommunikative und aufgrund der Protesthaltung eine soziale Funktion erfüllen.

Ekaterina Makhotina leistet einen klar strukturierten sowie interessanten Beitrag. Die Untersuchung ist detailliert und fußt auf einer reichen Quellenbasis. Die Autorin arbeitet Alleinstellungsmerkmale Litauens heraus, beispielsweise die spezifische, eigenständige Herangehensweise der kommunistischen Partielite. Allerdings vermisst der Leser den internationalen Vergleich mit anderen Ländern Europas, um Spezifika noch deutlicher hervorzuheben. Schlussfolgernd stellt sich nämlich die Frage, inwiefern Analysen der Erinnerungs- und Geschichtspolitik hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges zum jetzigen Zeitpunkt, nach zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen in diesem Themenbereich, noch zusätzliche Erkenntnisse liefern können. Die Marginalisierung der jüdischen Opfer in der unmittelbaren Nachkriegszeit überrascht nicht, da diese auch in anderen Ländern erst nach und nach in den Diskurs inkludiert wurden. Dasselbe gilt für den Umgang mit der eigenen Täterschaft. In zahlreichen Ländern, beispielsweise dem ehemaligen Jugoslawien, ging es zunächst darum, die eigene Macht zu sichern. Dies erfolgte mittels Fokussierung der eigenen Opfer, wohingegen die Täterrolle in den Hintergrund rückte. In diesem Sinne bestätigt der Beitrag verschiedene Ergebnisse bereits vorangegangener Studien zum Erinnerungs- und Gedenkurs. Dennoch handelt es sich bei dem Werk um eine gelungene wissenschaftliche Abhandlung mit Litauen als interessantem Untersuchungsgegenstand.

Manuela Brenner, Regensburg

**Uldis Neiburgs: Draudu un cerību lokā. Latvijas pretošanās kustība un Rietumu sabiedrotie (1941–1945) [Im Spannungsfeld von Gefahren und Hoffnungen. Lettlands Widerstandsbewegung und die westlichen Alliierten (1941–1945)], Rīga: Mansards 2017, 450 S.**

Uldis Neiburgs, Mitarbeiter des Okkupationsmuseums in Riga und durch zahlreiche Veröffentlichungen hervorgetretener Experte zur deutschen Besatzungszeit in Lettland, untersucht in der vorliegenden Studie das Verhältnis zwischen den westlichen Alliierten, den lettischen Diplomaten in Stockholm, London und Washington, sowie drittens dem lettisch-nationalen Widerstand in Lettland unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges. Dieses Verhältnis war durchaus ambivalent: Die sowjetische Okkupation des Baltikums im Sommer 1940 wurde nämlich von den westlichen Mächten nicht anerkannt, und die baltischen Diplomaten in Washington und London konnten ihre Arbeit fortsetzen. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA gab die Sowjetunion ihren Anspruch auf das Baltikum gegenüber den neuen westlichen Verbündeten allerdings nicht auf, was die Stellung der baltischen Diplomaten erheblich erschwerte. Zudem waren die lettisch-nationalen Kräfte infolge der deutschen Besatzung vor die kaum lösbare Aufgabe gestellt, gleichzeitig gegen zwei Aggressoren zu kämpfen oder zumindest die Rückkehr der als größere Bedrohung empfundenen Sowjetunion zu verhindern, indem sie zumindest teilweise mit der vermeintlich kleineren Bedrohung kollaborierten – den Deutschen. Diese Zusammenarbeit erschwerte allerdings wiederum die Kontaktaufnahmen zum Westen und die Anerkennung lettischer Interessen seitens der westlichen Alliierten, welche sich im Krieg mit Deutschland an der Seite der Sowjetunion befanden.

Dass ein derartig angelegtes Thema eine grenzüberschreitende Recherche erfordert, erklärt sich von selbst. Es gehört zu den Stärken dieses Buches, dass Neiburgs sich auf eine äußerst breite Quellenbasis aus Archiven in den USA, Großbritannien, Russland, Schweden, Deutschland und Lettland stützt. Ebenso überzeugt die Heranziehung einschlägiger Forschung aus dem englischen, deutschen, schwedischen, russischen, lettischen und auch in geringerem Maße aus dem estnischen und litauischen Sprachraum.

Die Darstellung gliedert sich in sechs Kapitel, die zwar jedes für sich gut zu lesen sind, deren inhaltliche Abgrenzung voneinander allerdings nicht immer völlig überzeugt. Nach einem Überblick zum Begriff und Phänomen des Widerstands in Lettland (Kapitel 1) folgt ein außenpolitisches Kapitel zur Frage der staatsrechtlichen Lage Lettlands nach dem Verlust der Unabhängigkeit und zur Rolle der Westmächte und Schwedens. Daran schließen sich vier Kapitel zu Tätigkeiten des Nationalen Widerstands in Lettland und dessen Verbindungen nach Westen an. Insbesondere hier ist die Abgrenzung von informativ-nachrichtendienstlicher (Kapitel 3) und politischer (Kapitel 4) Tätigkeit nicht immer ganz nachvollziehbar. Es folgt ein Kapitel zur organisierten Flucht nach Schweden 1944/45 und zur Beteiligung der USA und Schwedens daran; schließlich behandelt Neiburgs die missglückten Versuche des Nationalen Widerstands, in den letzten Kriegsmonaten, einem Moment des machtpolitischen Vakuums zwischen deutschem Rückzug und sowjetischem Vormarsch, die nationale Unabhängigkeit Lettlands zu erlangen. Die gewaltsame Entwaffnung der Kureliseinheit und deren Widerstand stehen dabei im Vordergrund.

Nicht alle Themen sind völlig neu, doch ist Neiburgs bemüht, immer auch die westliche Wahrnehmung der Geschehnisse und die Rolle der lettischen Diplomaten Kārlis Zariņš, Alfrēds Bīlmanis und Voldemārs Salnais als Nachrichtenübermittler in den Fokus zu rücken. Dadurch eröffnet seine Darstellung eine neue Perspektive.

Vor dem Hintergrund der breiten Quellen- und Literaturlage und der quellennahen Darstellung ist das Hauptverdienst der Arbeit darin zu sehen, dass das legendenumwitterte und umstrittene Thema des nationalen Widerstands und seiner Kontakte zu den westlichen Alliierten eine insgesamt nüchtern gehaltene Darstellung erhalten hat, da die lettische Forschung bisher vor allem von ehemaligen Veteranen wie Leonids Siliņš und Eduards Andersons und anderen Memoiren geprägt war. Das Bestreben nach einem international anschlussfähigen und nüchterneren Ansatz zeigt Neiburgs bereits in der Darlegung seines Verständnisses des umstrittenen Begriffs „Widerstand“, der auch den sowjetischen Widerstand unter deutscher Besatzungsherrschaft miteinschließt. Dies ist in der lettischen Historiografie keinesfalls selbstverständlich. Doch gehen seine Korrekturen an der bisherigen lettischen Forschung meist nicht über kleinere Änderungen an der Datierung oder Ähnlichem hinaus. Sehr viel kritischer ist der Verfasser gegenüber nicht-lettischer Forschung, beispielsweise von Mats Deland zu lettischen Kriegsverbrechern in Schweden<sup>1</sup> und gegenüber Björn Felders Darstellung zum Verhältnis des lettischen bewaffneten Widerstandes 1944/45 zu den deutschen Plänen des Aufbaus lettischer Untergrundkämpfer gegen die Rote Armee<sup>2</sup>

- 1 Mats Deland: *Purgatorium. Sverige och andra världskrigets förbrytare* [Schweden und die Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkrieges], Stockholm 2010.
- 2 Björn Felder: „Die Spreu vom Weizen trennen ...“. Die Lettische Kartei – Pärkonkrusts im SD Lettland 1941–1943, in: Heinrichs Strods (Hrsg.): *Latvijas Okupācijas muzeja Gadagrāmata 2002* [Jahrbuch des Okkupationsmuseums Lettlands], Rīga 2003, S. 47-68.

oder zu Geoffrey Swains Bemerkungen zu lettisch-sowjetischen Kontakten im Widerstand<sup>3</sup>.

Überhaupt hätte die Arbeit etwas weniger deskriptiv-summarisch und dafür stärker problematisierend sein können. Vor allem zwei Aspekte werden zwar angesprochen, aber nicht weiter ausgeführt oder systematisch diskutiert. Zum einen betrifft dies das Erbe des Ulmanisregimes. Hier geht es um das Verhältnis einer nationalen Widerstandsgruppe, dem Zentralen Rat Lettlands, welche sich dezidiert auf das demokratische Erbe der lettischen Verfassung von 1922 bezog, zu lettischen Diplomaten im Westen, die noch der Ulmaniszeit entstammten, sich aber in Ländern aufhielten, die für die westliche Demokratie kämpften. Die Frage, ob die Westmächte den lettischen Nationalgedanken stärker unterstützt hätten, hätte es kein Ulmanisregime gegeben, wird nicht gestellt.

Das zweite Thema, das zu wenig Berücksichtigung findet, ist die Bedeutung des Holocausts und möglicher antisemitischer Tendenzen innerhalb der Widerstandsbewegung. Mats Delands und Margers Vestermanis' in diese Richtung gehenden Hinweise werden als abwegig hingestellt und nicht weiterverfolgt. Zudem wirkt eine Fußnote zu der Holocaustüberlebenden Zelta Šepšeloviča verstörend, da in der wenige Zeilen umfassenden Erläuterung zu ihrem Lebenslauf so ziemlich jedes antisemitische Klischee enthalten ist: Sie wird als Kommunistin, Kapitalistin („unterwegs mit einer Menge ausländischer Währungen, zwei Kilogramm Gold und anderen Wertgegenständen“), doppelte Verräterin und schließlich auch noch als psychisch krank vorgestellt, ohne dass auch nur ein Hauch von Empathie zu spüren wäre. Beispielsweise werden die Umstände ihres Überlebens, die sicherlich zum Verständnis der psychischen Probleme beigetragen hätten, nicht für erwähnenswert gehalten (S. 318). Allein die Zahlen sollten für sich sprechen und die Bedeutung dieses Themas unterstreichen. Angesichts etwa 70 000 getöteter lettischer Juden und etwa 4 500 nach Schweden geflüchteter Personen ist es doch bemerkenswert, dass unter diesen Flüchtlingen nur drei Juden waren (darunter die bereits erwähnte Šepšeloviča), zumal die amerikanische Unterstützung der Flucht nach Schweden dezidiert darauf abzielte, Naziverfolgte – also in erster Linie Juden – zu retten. In diesem Zusammenhang werden die Bedenken des jüdischen Vertreters in Stockholm gegen die Organisation der Flucht durch Angehörige des lettischen nationalen Widerstands – erneut nur in einer Fußnote – als nicht nur unbegründet, sondern auch als leicht debil geschildert (S. 314). Diese Beispiele sind schließlich nicht nur ärgerlich, da man ihnen eine antisemitische Unterströmung unterstellen kann, sie zeigen auch, dass, wie schon bei der Ulmanisthematik, hier eine Chance vertan wurde, systematisch Gründe für Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen Westmächten und lettisch-nationalem Widerstand zu diskutieren.

Das Ulmaniserbe und der Holocaust scheinen dem Rezensenten damit auch gewichtigere Themen zu sein, als die vom Autor abschließend benannten Desiderata: Die genaue Analyse der Funkverbindungen Großbritanniens über die Ostsee in den letzten Kriegsmonaten und die vergleichende Perspektive der Thematik im Hinblick auf Estland und Litauen, auch wenn Letzteres nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Idee einer Baltischen Konföderation, welche in Kreises des nationalen Widerstandes diskutiert wurde, tatsächlich Forschungspotenzial in

3 Geoffrey Swain: Latvia's Red Partisans Reconsidered, in: Daugavpils Universitātes Humanitāro Zinātņu Vēstnesis (2003), H. 4, S. 81-94.

sich birgt. Doch ungeachtet der Kritik handelt es sich bei dem vorliegenden Buch um eine sehr gründliche und faktenorientierte Darstellung des lettischen nationalen Widerstandes und seiner letztlich gescheiterten Versuche, nach dem Vorbild von 1918/19 im Bündnis mit den westlichen Demokratien die lettische Unabhängigkeit zu erreichen. Es ist dem Autor zuzustimmen, dass trotz des Scheiterns der eigentliche Ertrag dieser Tätigkeit eine symbolische Dimension erlangte, die bis heute fort dauert.

Tilman Plath, Greifswald

**Hannah Maischein: Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 636 S.**

Mit der Publikation „Augenzeugenschaft, Visualität, Politik. Polnische Erinnerungen an die deutsche Judenvernichtung“ versucht Hannah Maischein, eine Lücke in der Forschung zu schließen. Ihre Studie, die aus der Dissertation der Verfasserin (2014 an der Ludwig-Maximilians-Universität München verteidigt) hervorgegangen ist, behandelt die Selbstwahrnehmung der Polen als Augenzeugen der Judenvernichtung – ein Thema, das bis heute nicht nur im Land, sondern auch im Ausland sehr wenig erforscht und umstritten bleibt. Die Verfasserin untersucht visuelle Repräsentationen der Polen als Augenzeugen und setzt das polnische Selbstbild mit ihrer Wahrnehmung der Topografie Polens in Verbindung. Sie fragt: „Sehen Polen sich selbst als Helfer, Täter oder Opfer gegenüber der Juden?“ (S. 12) Außerdem möchte die Verfasserin die Unterschiede in der visuellen Repräsentation der ethnischen Polen und Juden in Polen analysieren.

Eine Voraussetzung für die Beschäftigung mit der von Maischein ausgewählten Thematik ist eine genaue Kontextualisierung des Problems der polnischen Augenzeugenschaft. Diese nimmt die Verfasserin in der 70-seitigen Einleitung vor. Dort spezifiziert sie ihren Forschungsgegenstand und skizziert den Aufbau ihrer Arbeit. Außerdem stellt sie ihre eigene Perspektive dar und erklärt, wie die Reaktion der polnischen Studenten auf Zbigniew Liberas „Lego“ sie dazu bewegte, sich mit dem polnischen Holocaust-Diskurs genauer auseinanderzusetzen (S. 20). Sie erklärt hier auch „die Bedingungen für den polnischen Augenzeugenschaft-Diskurs“ (S. 20). Eine wichtige Rolle spiele ihrer Meinung nach der Zusammenhang der Topografie und der Augenzeugenschaft der polnischen Gesellschaft, die sie als „Anwohner“ (S. 24) bezeichnet. In der Einleitung nimmt sich die Autorin vor, den westlichen und östlichen Shoah-Diskurs miteinander zu vergleichen, wobei sie immer wieder dazu tendiert, die Repräsentationen in Polen anhand westlicher Normen (z.B. Bilderverbot, Darstellungsgrenzen) zu erklären bzw. zu kritisieren (S. 32).

Im ersten Hauptteil erarbeitet sie das Konzept der Augenzeugenschaft – den zentralen theoretischen und methodischen Ansatz für ihre Arbeit. Anders als im westlichen Erinnerungsdiskurs, wo die Juden gleichzeitig als Subjekt und Objekt der Zeugenschaft dienen, würden sie in der polnischen Erinnerungskultur auf die Rolle eines Objekts der Erinnerung reduziert (S. 124). Die Polen übernehmen die Funktion des Augenzeugens und des Erinnerungsträgers bzw. eines lebendigen Beweises für die Ereignisse (S. 127).

Als sehr hilfreich erweisen sich die Zwischenfazite, in denen der Kern der einzelnen Kapitel zusammengefasst ist. Denn wegen des Umfangs der Publikation (mehr als 600 Seiten) besteht die Gefahr für die Leserinnen und Leser, den roten Faden zu verlieren. In

jedem Zwischenfazit situiert die Autorin ihre Ergebnisse im kulturellen Kontext und greift immer wieder auf die westliche Forschung zur Erinnerungskultur zurück.

Im zweiten empirischen Hauptteil untersucht die Verfasserin die Rezeption der polnischen Augenzeugenschaft in verschiedenen visuellen Medien. Ihren Korpus bilden vor allem Plakate, Collagen, Karikaturen, Denkmäler, Ausstellungen sowie Filme, Kunstwerke und Performanz (S. 14), mit deren Hilfe sie versucht, ihre Frage zu beantworten.

In ihrer Studie beschränkt sich Maischein auf die „Zeitspanne seit dem Kriegsende bis nach der Jahrtausendwende in Polen“ (S. 12). Den empirischen Teil ihrer Studie teilt die Kulturwissenschaftlerin in drei Phasen: Zuerst untersucht sie die visuellen Repräsentationen, die in den ersten Jahren nach dem Krieg entstanden sind. In dieser Phase sei die Rolle der Polen als Augenzeugen – ein positives Selbstbild (S. 261) – festgelegt worden. In Polen hätten sich zu dieser Zeit nationale Mythen und durchweg positive Narrative über die polnische Gesellschaft entfaltet. Die Stimmen, die Polen negativ darstellten, seien als anti-polnisch wahrgenommen worden, weil sie das Siegenarrativ konterkarierten. Die Zeit von der Entstalinisierung bis in die 1970er Jahre wird von Maischein als zweite Phase definiert, in der es vor allem zur Instrumentalisierung der Augenzeugenschaft gekommen sei. Seit den 1980er Jahren habe sich die Kritik des Polenbildes in den visuellen Medien verstärkt. Der Zeit nach der politischen Wende bzw. nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schreibt sie eine wichtige Funktion zu: In dieser Zeit sei die Erinnerung zurückgekehrt.

Maischein geht zu Recht davon aus, dass sich die Rolle der polnischen Gesellschaft während des Genozids den Kategorien von Raul Hilberg nicht eindeutig zuordnen lasse. Während sich die Kategorien Täter, Opfer und Mitläufer in der Wirklichkeit miteinander überlappen, sei das Selbstbild der Polen in der visuellen Repräsentation der Augenzeugenschaft meist stereotyp. Maischein stellt die Polen als Augenzeugen dar, die bei der Massenvernichtung der Juden eine passive oder aktive Rolle angenommen hätten. Polen, die als Zuschauer galten, hätten nach Ansicht der Verfasserin in diesem „Machtverhältnis“ (S. 9) das Recht gehabt, über das Schicksal der Juden zu entscheiden. Dabei bagatellisiert sie die Gefahr, die den Rettern drohte. Nur beiläufig erwähnt sie die potentiellen Konsequenzen der Hilfeleistung für die Helferinnen und Helfer sowie deren Familien.

In den visuellen Repräsentationen seien die meisten Polen als heldenhafte Helfer oder sogar als Opfer gezeigt worden. Maischein kritisiert diese visuelle Darstellung der Heldenhaftigkeit der Polen und die Verdrängung der Schuld bzw. das Schweigen der Kunst über die polnische Mittäterschaft. Immer wieder betont die Autorin die Alterität der Juden, welche in der visuellen Kunst sichtbar wird. Die Andersartigkeit der Juden sei in den Repräsentationen u.a. durch ihr Aussehen und ihre Kultur, die den Polen „fremd“ vorgekommen seien, unterstrichen worden. Bei der Darstellung des historischen Diskurses unterschätzt die Verfasserin den Einfluss der kommunistischen Propaganda, die nach dem Kriegsende herrschte, auf die gegenwärtige Kunst und die aktuellen historischen Debatten. Durch die Zensur bestimmten die Kommunisten, welche Repräsentationen erscheinen konnten und welche die Öffentlichkeit nicht zu sehen bekommen sollte; andere Werke der visuellen Kunst modifizierten sie. Aufgrund der Lenkung und der Kontrolle der historischen Debatten kann man nicht von einer freien Entwicklung der visuellen Kunst sprechen; folglich hätte die Autorin ihre Fragestellung anders formulieren sollen: Sie hätte beispielsweise die visuelle Darstellung der deutschen Judenvernichtung unter der kommunistischen Regierung und in der Zeit danach untersuchen oder den Einfluss der kommunistischen Propaganda auf die

Selbstbilder der Polen als Augenzeugen problematisieren können. Zwar analysiert sie ein sehr umfangreiches empirisches Material, ihre Befunde lassen aber eine generelle Distanzierung und die Einbezugnahme der kommunistischen Zensur vermissen. Deswegen scheint es der Rezensentin problematisch, Maischein darin zuzustimmen, dass sie „eine originär polnische Erinnerungsperspektive“ (S. 24) erschließen konnte.

In ihrer Studie stützt sich Maischein vor allem auf die nichtpolnische Forschungsliteratur. Dabei scheint sie viele polnische Erinnerungsdebatten und Forschungsbeiträge zu bagatelisieren. Bedauerlicherweise hat die Verfasserin die neuesten Forschungspublikationen, die sich u.a. dem Thema der Repräsentationen der polnischen Augenzeugenschaft widmen – u.a. „Zagłada. Współczesne problemy rozumienia i przedstawiania“ [Der Holocaust. Zeitgenössische Probleme des Verstehens und Darstellens] von Przemysław Czapliński (2009), „Opowieść Zagładę. Polska proza i historiografia wobec Holocaustu (1987–2003)“ [Den Holocaust erzählen. Polnische Prosa und Historiografie gegenüber dem Holocaust (1987–2003)] von Bartłomiej Krupa (2013) sowie „Reprezentacje holokaustu“ [Repräsentationen des Holocaust] von Jerzy Jarniewicz und Marcin Szuster (2014) –, nicht berücksichtigt.

Unklar bleibt, warum die Verfasserin sich mit dem Selbstbild der Polen im Theater nicht auseinandergesetzt hat, gilt das polnische Theater doch als das „mutigste“ visuelle Medium, das die problematischen Themen nicht verdrängte. Maischein behandelt nur ein einziges Beispiel des polnischen Gegenwartstheaters, wenn sie die Selbstbilder in Krzysztof Warlikowskis Theaterstück „(A)pollonia“ analysiert, dessen Uraufführung 2009 in Warschau stattfand. Natürlich war dies nicht die einzige Inszenierung, die sich der polnischen (Mit-)Täterrolle widmete. Schon vor der politischen Wende gingen die Dramaturgen der schwierigen Frage der polnischen Rolle in der Shoah nach. Die Verfasserin hätte hier auf das Theaterstück „Pułapka“ [Die Falle] von Tadeusz Różewicz (1982) verweisen können, dessen Autor auf das Ziehen der Goldzähne und somit auf die Gewinnsucht der Polen anspielt. Im Gegenteil zu den anderen Disziplinen ist das Theater ein relativ gut erforschtes Feld. 2013 erschien die sehr umfangreiche Studie „Polski teatr Zagłady“ [Das polnische Theater zum Holocaust] von Grzegorz Niziołek, in der die Täterrolle der Polen im Vordergrund steht. Die Verfasserin weist auf diese Publikation und die Auseinandersetzung des polnischen Theaters mit der Schuldfrage sowie dem dabei entstehenden Selbstbild der Polen nicht hin.

Hannah Maischeins Forschungsbeitrag hat dennoch eine große Bedeutung – nicht nur wegen der mangelhaften Untersuchung des Themas in anderen Bereichen der visuellen Kunst, sondern auch angesichts der aktuellen Situation in Polen, wo eine Verdrängung der umstrittenen Rolle der Polen während der Shoah angestrebt wird. Möge Maischeins Wunsch, mit ihrer Arbeit einen Dialog zwischen Polen und Juden in Gang zu bringen, der zur Ergänzung der unterschiedlichen Perspektiven führen und den Konflikt zwischen den beiden Gruppen beenden würde (S. 14), in Erfüllung gehen.

Izabela Suszczyńska, Hamburg

**Andrej I. Savin (Hrsg.): Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten. Dokumente und Materialien, Novosibirsk: Posoch 2015, 559 S.**

In den vergangenen 25 Jahren konnten dank der gemeinsamen Anstrengungen russischer und internationaler Historiker gewaltige Mengen dokumentarischer Quellen zur sowjetischen Geschichte erschlossen werden. Dies brachte der Geschichtswissenschaft erhebliche Fortschritte bei der Erforschung von Staat und Gesellschaft der Sowjetunion. Es lässt sich ohne Übertreibung behaupten, dass in Russland – ungeachtet aller weiterhin bestehenden und zum Teil erneut eingeführten Beschränkungen beim Zugang zu Archivadokumenten – eine regelrechte „Archivrevolution“ stattgefunden hat, in deren Folge die wissenschaftliche Beleuchtung der „weißen Flecken“ in der sowjetischen Geschichte zeitlich weiter in die Vergangenheit rückte. Während sich die Forschung mit Blick auf die Lenin- und Stalinzeit mittlerweile auf eine solide Quellenbasis stützen kann, lässt sich die Regierungszeit Leonid Brežnëvs, insbesondere was die höchsten Machtorgane betrifft, als die am wenigsten durch Archivadokumente belegte Epoche der Sowjetzeit bezeichnen. Vor diesem Hintergrund kommt der wissenschaftlichen Erschließung gewaltiger Mengen an Archivadokumenten der 1960er bis 1980er Jahre eine herausragende Bedeutung zu. Die Publikation derartiger Dokumentenbände ist das Produkt schwerer und akribischer Arbeit und verdient somit volle Aufmerksamkeit.

2015 wurde in Novosibirsk der Dokumentenband „Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten“ veröffentlicht. Der Herausgeber und wissenschaftlicher Redakteur Andrej Savin dürfte den mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befassten deutschen Osteuropahistorikern vor allem als Mitautor einer der Geschichte der Sibiriendeutschen in den Jahren 1919 bis 1938 gewidmeten Monografie sowie als Mitautor einer von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Ludwig Steindorff herausgegebenen Dokumentensammlung der Protokolle der Antireligiösen Kommission beim ZK der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki) bekannt sein.<sup>1</sup> Die Publikation von Dokumenten der Sowjetzeit bildet den wissenschaftlichen Schwerpunkt der Arbeit Savins. Als Einzelherausgeber oder als Mitglied eines Herausbergremiums hat er sieben Dokumentensammlungen veröffentlicht, darunter eine zweibändige Sammlung zum Šachty-Prozess von 1928, einem der wichtigsten Schauprozesse der Stalinzeit.<sup>2</sup>

Mit dem hier zu besprechenden Dokumentenband „Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1940er – 80er Jahren: religiöse Dissidenten“ wird eine dreibändige Serie von Dokumentenveröffentlichungen zur Geschichte der ethnokonfessionellen Gemeinschaft der Mennoniten in Sowjetrussland bzw. in der UdSSR abgeschlossen.

- 1 Partei und Kirchen im frühen Sowjetstaat. Die Protokolle der Antireligiösen Kommission beim Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki). 1922–1929, in Übersetzung, hrsg. von Ludwig Steindorff, in Verbindung mit Günther Schulz, unter Mitarbeit von Matthias Heeke, Julia Röttger und Andrej Savin, Berlin 2007.
- 2 Šachtinskij process 1928 g.: podgotovka, provedenie, itogi [Der Šachty-Prozess von 1928: Vorbereitung, Durchführung, Resultate], verantwortlicher Redakteur S.A. Krasil'nikov. In zwei Bänden. Bd. 1, Moskau 2011, 975 S.; Bd. 2, Moskau 2012, 1087 S.



Der erste Band erschien 2006.<sup>3</sup> 2008 erschien eine gekürzte Fassung in den USA.<sup>4</sup> Der zweite Band erschien 2009.<sup>5</sup> Die in diesen ersten beiden Bänden erschlossene gewaltige Menge dokumentarischer Quellen sorgte unter Historikern für Aufmerksamkeit: So bezeichnete Gregory Freeze (Universität Brandeis, USA), anerkannter Spezialist für russische und sowjetische Geschichte, diese Dokumentensammlungen als elementare Quelle nicht nur zur Erforschung der Geschichte der Mennoniten, sondern für alle Historiker, die sich mit der Geschichte der staatlichen Religionspolitik im Sowjetstaat von den Anfängen bis zum Zusammenbruch im Jahr 1991 auseinandersetzen.

Die Veröffentlichung der dreibändigen Dokumentenserie wurde im Rahmen des „Siberian Mennonite Research Project“ realisiert, das fast zehn Jahre lang von einem kleinen Kreis US-amerikanischer, kanadischer und russischer Wissenschaftler unter Leitung des mittlerweile verstorbenen Direktors des Zentrums zur Erforschung der Geschichte der Brüdermennoniten Paul Toews und mit finanzieller Unterstützung der Familie von Peter Dick verfolgt wurde.

Die sowjetische Gemeinschaft der Mennoniten stellt ein einzigartiges Forschungsobjekt dar, das die Möglichkeit eröffnet, eine ganze Reihe innen- und außenpolitischer Schlüsselfragen zu beleuchten. In erster Linie geht es dabei um die Religions- und nationale Minderheitenpolitik des Sowjetstaats. In der Brežnevzeit zentrierte sich der Konflikt zwischen dem Sowjetstaat und den beharrlich für ihre Glaubensfreiheit kämpfenden religiösen Dissidenten um die Mennoniten. Im Unterschied zur zahlenmäßig kleinen und zersplitterten Bewegung der „weltlichen“ Dissidenten, die von den Organen des KGB recht leicht neutralisiert werden konnte, ließen sich die religiösen Dissidenten bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion von den Behörden nicht zu einer loyalen Haltung zwingen. Innerhalb der Bewegung der religiösen Dissidenten spielten die Mennoniten eine herausragende Rolle. Nach Angaben der Behörden bestanden die nonkonformistischen religiösen Vereinigungen vor allem aus „Vertretern der deutschen Nationalität“.

Der vorliegende Band umfasst Dokumente aus zwei Archivfonds: Fonds 6991 (Rat für Angelegenheiten der religiösen Kulte bzw. Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR) des Staatsarchivs der Russischen Föderation und Fonds 1692 (Bevollmächtigter des Rats für Angelegenheiten der religiösen Kulte bzw. des Rats für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR für die Region Altaj) des Staatlichen Archivs der Region Altaj. Eine derartige Beschränkung der Quellenbasis der veröffentlichten Dokumente auf eine einzige Behörde hat seine Vor- und Nachteile, ist aber in jedem Fall durch die Besonderheiten der Quellenlage zu erklären.

- 3 *Étnokonfessija v sovetskom gosudarstve. Mennonity Sibiri v 1920–1980-e gody. Annotirovannyj perečen' archivnyh dokumentov i materialov. Izbrannye dokumenty* [Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1920er–1980er Jahren. Annotiertes Register von Archivadokumenten und -materialien. Ausgewählte Dokumente], hrsg. von Andrej I. Savin. Novosibirsk, SPb., 2006, 496 S.
- 4 *Ethnoconfession in the Soviet State: Mennonites in Siberia, 1920–1989: annotated List of Archival Documents. Compiled by A.I. Savin; edited by Paul Toews, Fresno, CA 2008, 218 S.*
- 5 *Étnokonfessija v sovetskom gosudarstve. Mennonity Sibiri v 1920–1930-e gody. Ėmigracija i repressii. Dokumenty i materialy* [Ethnokonfession im Sowjetstaat. Die Mennoniten Sibiriens in den 1920er – 1930er Jahren: Emigrationsbewegung und Repressionen. Dokumente und Materialien], hrsg. von Andrej I. Savin. Novosibirsk, SPb., 2009, 752 S.

Der im Zuge der Zusammenlegung der Räte für Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche (1943–1965) und für Angelegenheiten der religiösen Kulte (1944–1965) Ende 1965 entstandene Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR (Dezember 1965 – August 1991) war bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion für die Ausarbeitung der Religionspolitik des Sowjetstaats verantwortlich. Zusammen mit dem KGB trug er ferner gegenüber der Führung der Kommunistischen Partei die unmittelbare Verantwortung für die effektive Bekämpfung der religiösen Organisationen und ihrer „schädlichen“ Ideologie sowie für die Koordinierung der entsprechenden Aktivitäten der verschiedenen Parteiorganisationen und Staatsorgane. Abgesehen davon war der Rat für Religionsangelegenheiten auf dem gesamten Gebiet der UdSSR für die allgemeine Führung und die Aufsicht über die Umsetzung der die Religionsgesetze betreffenden Politik von Staat und Partei verantwortlich. Neben Vermittlungs- und Koordinierungsfunktionen erfüllte der Rat u.a. Kontroll-, Konsultations-, Schieds- und Informationsfunktionen. Die Bevollmächtigten des Rats vor Ort waren den Vorsitzenden der Gebiets- bzw. Regionsexekutivkomitees unterstellt und betrieben ihre praktische Tätigkeit ausschließlich im Namen dieser Machtorgane.

Da die Religionspolitik des Sowjetstaats infolge der Abkehr von einer rein repressiven Linie in den Nachkriegsjahren eine zunehmende Bürokratisierung erfuhr, verschob sich der Schwerpunkt der antireligiösen Maßnahmen allmählich vom KGB zum Rat für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR und seinen regionalen Unterabteilungen. In der Konsequenz wurde der Rat auf dem Feld der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zum zentralen „Spieler“, bei dem sich in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit eine gewaltige Menge an Informationen konzentrierte. Dieser Umstand sowie der fehlende Zugang zu den Dokumenten der entsprechenden „Kirchenabteilungen“ des KGB der UdSSR bedingten die vom Herausgeber getroffene Auswahl der Archivfonds.

Der Hauptteil der Publikation umschließt vor allem Dokumente der 1960er bis 1980er Jahre, in denen die Aktivitäten der in der Region Altaj und im Gebiet Omsk gelegenen mennonitischen Enklaven Sibiriens behandelt werden. Eine solche zeitliche Eingrenzung ist durch den Umstand zu erklären, dass gerade Anfang bis Mitte der 1960er Jahre in den Dokumenten des Rats und seiner Bevollmächtigten erneut wertvolle Informationen über die mennonitischen Gemeinden auftauchten, die zuvor quasi „außerhalb des Blickfelds“ der Behörden existiert hatten, aber – nicht zuletzt infolge der Massenoperationen des NKVD der Jahre 1937/38, der Deportation der Wolgadeutschen und des Regimes der Sondersiedlung der Russlanddeutschen – „vergessen“ waren.

Neben den unmittelbar von der Führung bzw. den Bevollmächtigten des Rats für Religionsangelegenheiten verfassten Dokumenten sind zudem zahlreiche Schreiben der Gläubigen an die Machthaber sowie Dokumente der Organe für innere Angelegenheiten und der Gerichte vorhanden, vor allem Urteile der Volksgerichte zu Fällen religiöser Dissidenten, sowie Dokumente der Exekutivkomitees der lokalen Sowjets, aus denen vielfältige Informationen über die Aktivitäten der mennonitischen Gemeinden hervorgehen. Anhand der veröffentlichten Dokumente lassen sich die Besonderheiten der zur Regierungszeit Brežnevs von staatlicher Seite gegenüber den religiösen Organisationen verfolgten Politik und insbesondere die Herausbildung eines neuen Beziehungsmodells zwischen der Sowjetmacht und den evangelischen Freikirchen erforschen: Die Gläubigen traten aktiv und öffentlich für ihre Rechte ein und leisteten jeglicher Einschränkung ihrer religiösen Freiheiten entschieden Widerstand. Die mit dem Begriff des „Eigensinns“ (Alf Lüdtke) zu fassenden

politischen Praktiken der Gläubigen spielten eine Schlüsselrolle bei der Transformierung der gegenüber den Freikirchen in den 1960er bis 1980er Jahren verfolgten sowjetischen Religionspolitik, dank derer die Freikirchen dem religiösen Ghetto, in das sie der Staat gedrängt hatte, entkommen konnten. Der hier im Band angewendete Analyseansatz des religiösen Dissidententums wiederum hilft, die in der Geschichtswissenschaft und im öffentlichen Bewusstsein vorherrschende Meinung zu relativieren, bei der Regierungszeit Brežnevs habe es sich um eine Zeit des Stillstands gehandelt.

Bei aller hohen Wertschätzung für den rezensierten Dokumentenband sind einige kritische Anmerkungen nicht zu umgehen: Die Publikation enthält einen wissenschaftlichen Apparat, der ein Vorwort, Textanmerkungen und informative Kommentare, ein Abkürzungsverzeichnis sowie Kapitelüberschriften in russischer und englischer Sprache umfasst; im Anhang befindet sich ferner ein Artikel, der der Problematik der im Bereich der staatlichen Kirchenpolitik in den Jahren des Deutsch-Sowjetischen Kriegs vollzogenen Wende gerecht wird. Aber dem Band fehlen Personen-, Orts- und Sachregister, die seine Nutzung sowohl für Spezialisten als auch für Laien erheblich erleichtern würden.

Victor Dönninghaus, Lüneburg

**Richard Lakowski: Ostpreußen 1944/45. Krieg im Nordosten des Deutschen Reiches, Paderborn: Schöningh 2016, zahlr. Karten, 264 S.**

Das Schicksal Ostpreußens am Ende des Zweiten Weltkrieges ist seit vielen Jahrzehnten Gegenstand von Erinnerungen, Fluchtberichten und in den vergangenen Jahrzehnten erster Forschungen zur Umbruchzeit bis 1948/49. Auch die militärischen Ereignisse standen in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Zentrum der Publizistik, veröffentlichte doch sowohl der Befehlshaber der in Ostpreußen untergegangenen 4. Armee als auch der Oberbefehlshaber der Festung Königsberg Darstellungen des kriegerischen Geschehens. Das hier anzuzeigende Werk zielt darauf ab, „die Kriegsführung in Ostpreußen 1945 unter dem Gesichtspunkt der Operationsgeschichte zu untersuchen“ (S. 5 f.). Da zudem russischsprachige Publikationen (bei allen inhaltlichen Einschränkungen), abgesehen von der Ausnahme einer einzigen Dokumentenedition, nicht herangezogen wurden, stellt sich die Frage, ob die vorliegende Monografie das Kriegsgeschehen in Ostpreußen unter neuen Perspektiven und Fragestellungen untersucht.

Die historische Einleitung geht auf die verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen in und um die Provinz ein, wobei der Schlacht von Tannenberg, einem zentralen Mythos des Ersten Weltkrieges, natürlich Aufmerksamkeit geschenkt wird (S. 22-36), zumal ein Vergleich der Situation zwischen 1914/15 und 1944/45 beabsichtigt ist (im Laufe der Darstellung wird die komparative Perspektive allerdings zunehmend vernachlässigt). Nach einem knappen Überblick über die militärstrategische Bedeutung der Provinz in der Zwischenkriegszeit, beim Angriff auf Polen im September 1939 und beim Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 beginnt der Hauptteil des Bandes (Der Zweite Weltkrieg erreicht das Reichsgebiet, S. 41-88). Lakowski analysiert die sowjetischen Optionen (Überschätzung der Bedeutung Ostpreußens und der Befestigung der Provinz) sowie die deutsche Strategie. Dabei wird die Rolle der NSDAP im Rahmen der Reichsverteidigung stark akzentuiert, was vor allem in frühen Darstellungen der 1950er und 1960er Jahre auch apologetisch zur

Verteidigung der angeblich ausschließlich militärisch agierenden Wehrmacht genutzt wurde. Davon ist der Verfasser zwar weit entfernt, trotzdem überrascht die doch recht ausführliche Darstellung. Weit interessanter sind die Ausführungen zur Planung einer Evakuierung der ostpreußischen Zivilbevölkerung (S. 54-60). Aufgrund der vorhandenen Transportkapazitäten musste den Verantwortlichen von vornherein klar sein, dass eine zeitgleiche Durchführung von Wehrmachtstransporten und ein Abtransport von Zivilisten nicht möglich war. „Die Evakuierung der gesamten Bevölkerung stand schon aus operativen Gründen [...] nicht im Vordergrund. Im Gegenteil, eine Evakuierung auf dem Landwege wäre aussichtslos gewesen. Die Mehrzahl der Nichtkombattanten dürfte in den geplanten, begrenzten und zu verteidigenden Rückzugsraum nicht hereingelassen werden. Denn die Aufnahme zusätzlicher ziviler Personen würde eine langfristige Verteidigung ausschließen.“ (S. 58) So zeichnete sich das spätere Schicksal der Ostpreußen bereits in aller Deutlichkeit ab, bevor ein Rotarmist den Boden der Provinz betreten hatte. Auch was die Befestigungsanlagen der Provinz betrifft, weist Lakowski den gängigen Alleinvorwurf an Hitler und Erich Koch, „gegen die die vernünftigen, erfahrenen Wehrmachtoffiziere ohnmächtig waren“ (S. 65), zurück.

Die Bevölkerung wurde zudem durch die Reminiszenzen an 1914/15 und die Abwehr des ersten sowjetischen Vorstoßes im Herbst 1944 in einer trügerischen Sicherheit gewiegt. Diese ersten Kämpfe auf ostpreußischem Boden und der deutsche Gegenstoß bilden den Kern des folgenden Kapitels (S. 68-87), das vor allem eine militärgeschichtliche Schilderung der Kämpfe enthält. Zweifellos, so Lakowski völlig zu Recht, spielten die Verbrechen in Nemmersdorf nicht nur der NS-Propaganda in die Hände, sondern stärkten auch die Motivation der deutschen Soldaten in hohem Maße: „Trotz einzelner positiver persönlicher Erfahrungen führten der weitere Kriegsverlauf und die Erlebnisse bis zum 8. Mai 1945 bei den meisten Betroffenen zu traumatischen Erinnerungen. Die Folgen der Kriegspropaganda wurden spürbar bis Kriegsende, sodass die Rote Armee bis zum Ende langwierige Kämpfe mit großen Verlusten hinnehmen musste.“ (S. 77) Das verzweifelte Konzept der Wehrmacht sah vor, durch eine tiefer gestaffelte Verteidigung den Gegner zum Stehen zu bringen, um dann durch Gegenstöße die Lage wiederherzustellen (S. 82), während die sowjetische Planung die Umfassung der Provinz entlang der Weichsel mit einem zentralen Stoß nach Osten in Richtung Königsberg vorsah (S. 89-99).

In den folgenden Kapiteln geht der Autor auf die eigentliche Kriegsführung ein. Die sowjetische Planung sah als Voraussetzung eines weiteren zentralen Vorstoßes nach Westen die Ausschaltung der nördlichen (d.h. Ostpreußen) und südlichen Flankenbedrohung vor. Insofern bildete die ostpreußische Operation den ersten Teil des Endkampfes gegen das „Dritte Reich“. (S. 89). Auf deutscher Seite zeichnete sich bereits im Vorfeld des Angriffs ein zunehmender Realitätsverlust ab, der sich in der Hoffnung erschöpfte, man werde zumindest die Front halbwegs halten und entscheidende sowjetische Durchbrüche verhindern können (S. 100-104). Erschwerend kam aus Sicht der Wehrmachtsgenerale hinzu, dass beim bevorstehenden Kampf auf deutschem Boden neue Friktionen durch die zivile und politische Verwaltung entstanden (S. 111-113).

Am 13. Januar 1945 begann der Kampf um Ostpreußen. Nach wenigen Tagen war die Front der 2. Armee aufgerissen und erste Verbände der 2. Weißrussischen Front erreichten die Ostsee an der Küste des Frischen Haffs: Ostpreußen war eingeschlossen (S. 117-122). Noch heftiger waren die Kämpfe im Bereich der 3. Weißrussischen Front; erst am sechsten Kampftag gelang der operative Durchbruch in Richtung auf Heilsberg (S. 122 f.). Jetzt wurde

Memel über die Kurische Nehrung geräumt, Insterburg war am 22. Januar in sowjetischer Hand, das Samland ging verloren, und Königsberg war vom Rest Ostpreußens abgeschnitten (S. 133 f.).

Obwohl durch die Kämpfe stark angeschlagen, war die sowjetische Absicht, die deutsche 4. und 2. Armee zu vernichten, nicht in Erfüllung gegangen. Auf deutscher Seite stellte sich nun die Frage, ob die in Ostpreußen eingeschlossenen Verbände nach Westen ausbrechen oder durch ihr Aushalten die sowjetische Offensive nach Westen verzögern und zugleich die Rückführung von Einheiten und Zivilisten über See ermöglichen sollten (S. 138). Da man der zweifellos zutreffenden Meinung war, Hitler und das OKW würden einen Ausbruch nach Westen untersagen, plante die 4. Armee den Westschwenk mehr oder weniger unter der Hand. Eines der angeblichen Motive, das nach dem Krieg beredt in den Vordergrund gestellt wurde, findet sich aber nicht in den Quellen: Von der Rettung der Zivilbevölkerung ist nirgends die Rede, ganz im Gegenteil. Man sah vielmehr den Erfolg des Ausbruchversuches durch die Mitnahme „langsamer“ Zivilisten gefährdet (S. 149, 151, 182). Lakowski räumt mit einer weiteren Legende des Ausbruchversuches auf, denn er weist überzeugend nach, dass das Unternehmen bereits militärisch gescheitert war, als Hitler die Einstellung des Angriffs nach Westen befahl (S. 157 f.).

Damit war die Bühne bereitet für die letzte Etappe der Kämpfe in Ostpreußen: Die Vernichtung der 3. Panzerarmee und die Einnahme Königsbergs (S. 159-233). Der Autor verbindet die Operationsgeschichte mit dem allgemeinen Kriegsgeschehen. Er zeigt auf, dass der sowjetische Haltebefehl an der Oder, der den Krieg um zwei Monate verlängerte und deswegen immer wieder Gegenstand von militärgeschichtlichen Debatten war, nicht zuletzt auf den Kräfteansatz und die Operationen an den Flanken, darunter Ostpreußen, zurückzuführen ist (S. 159 f.). Nachdem der Versuch der Roten Armee, Königsberg aus der Bewegung heraus zu nehmen, gescheitert war (S. 166-170), kam es zum Endkampf um die Stadt, der sich bis zum 9. April 1945 hinzog (S. 191-213).

Zweifellos handelt es sich um eine interessante Studie, die beiden Seiten gerecht zu werden versucht, wobei man einen Sachverhalt nicht außer Acht lassen sollte: Lakowski hat ein rein operationsgeschichtliches Buch geschrieben, das die Kämpfe in Ostpreußen vom Kartentisch aus rekonstruiert. Hierin liegen Stärke und Schwäche des Bandes.

Joachim Tauber, Lüneburg

**M[arina] B[orisovna] Bessudnova: Rossija i Livonija v konce XV veka. Istoki konflikta [Russland und Livland am Ende des 15. Jahrhunderts. Die Ursprünge des Konflikts], Moskva: Verlag Kvardriga 2015, 448 S.**

In dieser Darstellung geht es um das livländisch-russische Verhältnis im ausgehenden Mittelalter, wobei der Blick sowohl auf die politischen Beziehungen als auch auf den Handel (im hansischen Zusammenhang) gerichtet ist. Auf livländischer Seite bildeten damals wie schon seit dem 13. Jahrhundert der Deutsche Orden, das Erzbistum Riga, das Bistum Dorpat und die großen Hansestädte, namentlich Reval, die wichtigsten Faktoren, denen auf russischer Seite die politischen und Handelszentren Novgorod und Pskov gegenüberstanden. Seit den 1470er Jahren kam das unter dem Großfürsten Ivan III. (1462–1505) stark expandierende Moskau hinzu. Im Fokus des Werkes steht die Zeit von der endgültigen Einverleibung Nov-

gorods in das Moskauer Reich (1478) bis zum Ausbruch des livländisch-russischen Krieges von 1501–1503.

In der deutschbaltischen und russischen Historiografie kam den damaligen Beziehungen eine besondere, ausgesprochen emotionale Bedeutung zu. Man betrachtete diese Zeit als eine solche stärkster Konfrontation gegensätzlicher Welten. Dabei warfen deutschbaltische Historiker dem Moskauer Großfürsten Aggressivität und Eroberungsabsichten gegenüber Livland vor, während russische Autoren dem livländischen Deutschordenszweig und namentlich dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg (1494–1535) dasselbe in Bezug auf Russland zuschrieben. In der neueren westlichen Literatur hatte man davon Abstriche vorgenommen, und dies führt nun die Lipecker Historikerin Bessudnova in ihrer Darstellung – auf russischer Seite erstmals – fort. Sie widerspricht vielen Stereotypen der Geschichtsliteratur, völlig schonungslos auch denen des russischen Schrifttums.

In bisher nicht gekanntem Ausmaß untersucht die Autorin Quellenmaterial zum Thema, wobei livländische und hansische Schriftstücke stark überwiegen. Die Zahl der einschlägigen russischen Zeugnisse ist nur gering. Diese Quellenlage trug zur Schwäche der früheren russischen Forschung zu Livland und den russisch-livländischen Beziehungen bei. Bessudnova weist darauf hin, dass die Beschäftigung mit dem Baltikum in der Sowjetzeit den Lehrstühlen für die Geschichte Russlands zugeordnet war, wo die sprachlichen Voraussetzungen für entsprechende Studien mit wenigen Ausnahmen fehlten.

In den ersten Kapiteln des Buches geht die Autorin zeitlich zurück und stellt die alt-livländische Konföderation genauer vor, besonders den livländischen Zweig des Deutschen Ordens. Für das livländisch-russische Verhältnis schreibt sie dem Handel eine große, den Frieden fördernde Bedeutung zu. Es fehlte nicht an Konflikten, auch solchen militärischer Art, doch fanden die gleichberechtigten Beziehungspartner in der vormoskowitzischen Zeit immer wieder den Weg zu Verhandlungen und wirksamen Verträgen. Man kann hier von einer weitgehenden Stabilität sprechen.

Im Laufe des 15. Jahrhunderts traten allerdings neue Spannungen auf. Doch erst die Expansion des Großfürstentums Moskau, das mit der Einverleibung Novgorods zum unmittelbaren Nachbarn Livlands wurde, führte zu einem grundsätzlich anderen Verhältnis, zu einer „Balance zwischen Krieg und Frieden“. Von Bessudnova wird dies weitgehend mit der Herrschaftsauffassung Ivans III. erklärt. Dieser betrachtete die livländische Konföderation nicht als gleichwertig und hatte kein Verständnis für die Traditionen des Handelsverkehrs zwischen Novgorod und Livland. Häufig kam es nun zu russischen Übergriffen an der Grenze. Die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses erfuhr um 1490 noch einmal eine Unterbrechung, weil Ivan Beziehungen zu den Habsburgern unterhielt, von denen er die Anerkennung als gleichberechtigt und ein Zusammengehen gegen Polen-Litauen erhoffte. Dies kam den Livländern zugute, die Ivan als Untertanen des Reiches wahrnahm. Als aber König Maximilian I., sein Kontaktpartner, das Interesse an diesen Beziehungen verlor, war Ivan so enttäuscht, dass er seinen Ärger an den Hansekaufleuten und den Livländern ausließ. Dabei bildete die Schließung des Novgoroder Hansekantors von 1494 die demonstrative Hauptaktion.

Neben der Kontorschließung, dem Schicksal der dabei gefangen genommenen nord-deutschen und livländischen Kaufleute und den diplomatischen Bemühungen Wolters von Plettenberg um ihre Freilassung untersucht die Autorin auch die Fortsetzung des Handels nach 1494 sehr gründlich. Während die Hanse nach der Kontorschließung ein Verbot des

Handels mit Russland erließ, weil sie irrtümlich glaubte, beim Moskauer Herrscher mit wirtschaftlichem Druck etwas erreichen zu können, duldete Plettenberg, der auf Verhandlungen setzte, den Besuch russischer Kaufleute in Livland. Der Handel konzentrierte sich nun in der Ordensstadt Narva, die nicht zur Hanse gehörte, und in Dorpat.

Gleichwohl konnte von einer Entspannung im livländisch-russischen Verhältnis keine Rede sein, zumal auch nach der 1497 erfolgten Freilassung fast aller Hansekaufleute die Revaler weiterhin in russischer Gefangenschaft blieben. Bei livländisch-russischen Verhandlungen des Jahres 1498 stießen wieder unterschiedliche Rechtsauffassungen aufeinander. Sie verliefen ergebnislos, und die bei Plettenberg eingehenden Nachrichten über russische Truppenaufmärsche und Einfälle in Livland wurden immer bedrohlicher. Er musste mit einem bevorstehenden Krieg rechnen. Wegen der Schwäche Livlands, auf die Bessudnova in ihrer Darstellung auch unter wirtschaftlichen und demografischen Aspekten wiederholt hinweist, benötigte Plettenberg auswärtige Unterstützung. Dafür gab es jedoch nur sehr wenige Chancen. Der Plan eines Bündnisses mit dem dänischen König Johann I. scheiterte daran, dass dieser im 14. Jahrhundert verlorene Besitzrechte auf Nordestland zur Geltung bringen und Livland von sich abhängig machen wollte. Plettenberg folgte schließlich dem Bündnisersuchen des litauischen Großfürsten Alexander, der sich im Krieg mit Ivan III. befand. Um das eigene Land zu schonen, strebte jeder Kriegführende danach, den Kampf in dasjenige des Gegners zu tragen, und so marschierten die livländischen Truppen 1501 in das Gebiet von Pskov ein. Dies war ein Akt der Selbstbehauptung und bedeutete nicht, dass Plettenberg russisches Gebiet erobern wollte, wie die Autorin betont. Die Besonnenheit dieses Ordensmeisters zeigte sich auch darin, dass er in den folgenden Jahrzehnten keinen Krieg mehr führte. In einem eigenen Kapitel über Plettenberg, in dem Bessudnova dessen Wirken bis zu seinem Tode würdigt, werden seine umsichtige Politik und sein Streben nach friedlichen Lösungen genauer verdeutlicht. Auf der anderen Seite trug sich auch Ivan III. bei aller Schroffheit nicht mit der Absicht, Livland zu erobern. Gemäß seinem Selbstverständnis als „Herrscher über die ganze Rus“ war er vielmehr an der Gewinnung der ruthenischen Gebiete des Großfürstentums Litauen interessiert.

Die Verfasserin bietet ein überzeugendes Bild von der Gesamtentwicklung der livländisch-russischen Beziehungen im behandelten Zeitraum und vermittelt viele neue Einzelkenntnisse. Besonders beeindruckend ist die kritische Revision traditioneller Werturteile. Das Geleistete verdient hohe Anerkennung.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

**Werner Greiling, Armin Kohnle u.a. (Hrsg.): Negative Implikationen der Reformation? Gesellschaftliche Transformationsprozesse 1470–1620, Köln u.a.: Böhlau 2015, 438 S.**

Die Beiträger des vorliegenden Tagungsbandes spüren der Frage nach, ob und inwieweit sich aus der Reformation „negative Implikationen“ für Kirche sowie Gesellschaft ergaben. Dabei konzedieren sie, dass die Diskussion keineswegs neu sei, sondern spätestens seit der Aufklärung Fragen der „Wirkmächtigkeit historischer Prozesse sowie nach deren Voraussetzungen, Ursachen und Folgen“ verhandelt worden seien (S. 7). Obzwar der Ansatz, negative Implikationen der Reformation zu untersuchen – zumal angesichts des Reformationsjubiläums 2017 – wohlthuend kritische Impulse erwarten lässt, bleibt der Band einer histori-

schen Dialektik verhaftet, die inzwischen aufgrund neuerer rezeptionsästhetischer Ansätze nachgerade anachronistisch anmuten mag. Die positiven Errungenschaften der Reformation werden kritisch den negativen Implikationen gegenübergestellt (S. 8) und damit ein Modell der Ambivalenz suggeriert, welches Historizität und Rezeptionsprozesse auf der Ebene der Reflexion in einer wenigstens fragwürdigen Weise auseinanderhält. An dieser Stelle hätte dem Tagungsband eine heuristische Betrachtung wohlgetan, welche die Vielgestaltigkeit der Phänomene der Reformation einerseits sowie die der rezeptionsästhetischen Inanspruchnahme andererseits problematisiert hätte. Damit sollen Begriff und Ansatz der negativen Implikationen nicht grundsätzlich in Abrede gestellt, sondern dafür plädiert werden, diese als Teil einer Vielgestaltigkeit von Phänomenen der Reformation aufzufassen, mithin in größere Zusammenhänge zu stellen. Denn obgleich dies nicht in einer entsprechenden Einleitung reflektiert wurde, leisten die im vorliegenden Tagungsband versammelten Beiträge, die sich indes ausnahmslos konsequent auf die Themenstellung beziehen, genau dies.

Julia Mandry untersucht unter den Schlagworten „Integration und Ausgrenzung – Versorgung und Ablehnung“ die Ambivalenzen von Armut und Bettel an der Epochenschwelle zwischen Spätmittelalter und Reformation. Sie kommt – auf Grundlage des aktuellen Forschungsstandes – zu dem Ergebnis, dass die „Neugestaltung des sozialen Ordnungswesens“ keineswegs vollends von der Reformation reklamiert werden könne (S. 22) und plädiert dafür, die Impulse für die reformatorischen Impulse stärker als bisher zu berücksichtigen (S. 26). Julia A. Schmidt-Funke greift mit dem Thema „Reformation und Geschlechterordnung“ ebenfalls eine Debatte der älteren Forschung auf (S. 30). Ihr gelingt dabei eine Aktualisierung des Forschungsstandes, zugleich bietet sie ein Panorama der Veränderungsprozesse in Hinsicht auf die Geschlechterordnung durch die Reformation. Die dazu gewählten Beispiele – die Probleme weiblicher Autorschaft, reformatorischer Männlichkeit sowie des Pfarrhauses „zwischen Bürgerhaus und Kloster“ – eignen sich zur Illustration: So sei die Tradition des Gelehrtenzölibats auf das neue reformatorische Ideal des Ehestands getroffen, was bisweilen zu Schwierigkeiten geführt habe, etwa wenn sich bei Melanchthon die „Distanz zum Familienleben in einem mehr oder weniger abgeschotteten Gelehrtenstüblein“ zu materialisieren schien (S. 43). Die Rolle des Hausvaters sei bisweilen als Bürde empfunden worden, wie die Verfasserin an weiteren Beispielen zu zeigen vermag. Robert Gramsch gelingt in seinem Beitrag eine interessante Interpretation der in der Forschung aus verschiedenen Blickwinkeln bereits thematisierten allgemeinen Frequenz- und Bildungskrise der 1520er Jahre. Dass die „Pest der Seelen“ – so die von dem damaligen Rektor der Universität Basel Bonifatius Amerbach gewählte Chiffre für die reformatorische Bewegung – jene Frequenz- und Bildungskrise nicht alleine bedingt habe, hatte die Forschung bereits herausgearbeitet (S. 56). Neu scheint jedoch der Ansatz, diese vor dem Hintergrund einer bereits im 15. Jahrhundert zu beobachtenden Entwicklung im Sinne des Phänomens einer „konjunkturellen Überhitzung“ bzw. eines psychologischen „Marktüberhitzungsphänomen[s]“ (S. 64-66 und 76 f.) zu erklären. Enno Bünz untersucht „Schicksale von Mönchen und Nonnen in der Reformationszeit“, wobei er auf Datengrundlagen einer noch zu publizierenden Karte der Klöster, Stifte und Kommenden in Mitteldeutschland bis zur Reformation rekurriert, um das beachtliche Spektrum mittelalterlicher religiöser Bewegungen auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Thüringen aufzuzeigen (S. 83). Vor dem Hintergrund der bisweilen verheerenden Urteile der Reformatoren über die Klöster sowie das monastische Leben spürt Bünz der Frage nach dem Umgang der Landesherren mit den Klostergütern



im 16. Jahrhundert (S. 88 f.), aber auch der Aufhebung von Frauenklöstern nach, für deren Angehörige sich sodann existentielle Fragen stellten (S. 91 f.). Dabei verweist der Verfasser auf ein wichtiges Forschungsdesiderat: Für das Kurfürstentum sowie das Herzogtum Sachsen wäre überhaupt erst einmal zu untersuchen, auf welche Weise Mönche und Nonnen die Aufhebung der Klöster bewältigt haben (S. 93 f.). Bünz führt einige Beispiele an und verweist auf Schätzungen zu den quantitativen Dimensionen: Rund 2 486 Personen, davon 1 540 Mönche und 946 Nonnen dürften zunächst auf der Straße gestanden haben (S. 95) – eine Verbleibstudie stehe zwar noch aus, stehe indes auch vor erheblichen methodischen Schwierigkeiten. Oftmals verliere sich die Spur der Mönche und dies gelte in noch stärkerem Maße für die Nonnen (S. 108). Der Beitrag von Michael Beyer widmet sich einem vor dem Hintergrund des Reformationsjubiläums 2017 erneut diskutierten und beispielsweise durch Thomas Kaufmann<sup>1</sup> für ein breiteres Lesepublikum erschlossenes Thema: „Martin Luther und die Juden“. Einleitend erklärt der Verfasser, dass er sich damit „auf ideologisch verminntes Gelände“ begeben, gleichwohl: Weder dem „theologisch ambivalenten Sachgehalt“ noch der „teilweise überaus hässlichen Sprachgestalt“ von Luthers einschlägigen Äußerungen in seinen späten Schriften könne man sich entziehen, um die Inhalte zu gewichten und den Diskurs in seiner Breite wahrzunehmen (S. 109). Hans-Peter Hasse behandelt das Thema „Reformation und Bücherzensur“ – bereits im Rahmen seiner Habilitationsschrift hatte der Verfasser den Gegenstand am Beispiel der kursächsischen Literatur- und Religionspolitik in den Jahren 1569 bis 1575 erörtert.<sup>2</sup> Mit seinem neuen Beitrag geht Hasse auf die Zensur in der Reformationszeit ein, beschreibt den rechtlichen und institutionellen Rahmen sowie die Vorzensur an der Universität Wittenberg. Diese bewertet er – trotz schmaler Quellengrundlage – als selbstverständliche Einrichtung im akademischen Alltag (S. 140). Auch Luthers positive Haltung zum Medium Buch sowie seine Buchkritik – Bücher als „Symptom für den Unglauben“ – werden thematisiert. Die Motive für die Bücherzensur in der Reformationszeit sieht der Verfasser in Bekenntnisbindung, Korporationsbewusstsein und Irenik und vermag dies mit dem „Etikett“ der negativen Implikationen nicht in Einklang zu bringen (S. 148). Andreas Lindner betrachtet unter der reißerisch anmutenden Frage „Reformation versus Bildung?“ die Universität Erfurt im Kontext der städtischen Reformation, wobei er insbesondere auf die Rolle von Luthers Ordensbruder, des Priors des Augustinerklosters Johannes Lang (um 1487–1548) abhebt. Uwe Schirmer untersucht die Entmündigung von bäuerlichen Gemeinden im thüringisch-obersächsischen Raum vor dem Hintergrund des Konzepts der „negativen Implikation“ und wählt dazu den großen Zeitraum von 1400 bis 1600. Im Einzelnen betrachtet Schirmer die spätmittelalterliche bäuerliche Gemeinde im Rahmen der herrschaftlichen Ordnungen sowie die Landesordnung des Kurfürsten Johann von Sachsen (1531), führt Beispiele sozialer Disziplinierung zwischen 1485 und 1545 anhand von Quellen des Thüringischen Hauptstaatsarchivs zu Weimar (Ernestinisches Gesamtarchiv) an und nimmt sodann die ernestinischen Kirchenvisitationen in den Blick. Es folgen Ausführungen zum Schlagwort vom „gemeinen Nutzen“, das die Obrigkeit zur Legitimation ins Felde führte (S. 193) im Widerstreit zu den bäuerlichen Allmende- und Flur-

1 Thomas Kaufmann: Luthers Juden, Stuttgart 2015.

2 Vgl. Hans-Peter Hasse: Zensur theologischer Bücher in Kursachsen im konfessionellen Zeitalter. Studien zur kursächsischen Literatur- und Religionspolitik in den Jahren 1569–1575, Leipzig 2000.

rechten sowie zu den Anfängen des Gesindedienstes als des Kernstücks der Entmündigung (S. 196). Schirmer sieht die Anfänge der nicht nur sozialen, sondern auch verfassungsrechtlichen Entmündigung im Spätmittelalter gegeben und verweist auf die vorreformatorischen Landesordnungen sowie die Bemühungen um landesherrliches Kirchenregiment bereits im Spätmittelalter, mithin nicht als negative Implikation der Reformation (S. 199). Unter dem Titel „Luthers verführerisches Angebot: Gehorsam und Kirchenregiment“ erörtert Georg Schmidt ein weiteres klassisch zu nennendes Thema: Das Verhältnis von Luther und dem Luthertum zur Obrigkeit – immer wieder mit Blick auf seine Rezeption und Wirkungen (insbesondere S. 213–219). Einen historisch begründeten Deutungsansatz fasst er wie folgt zusammen: „Luthers Forderung nach Gehorsam in allen weltlichen Dingen führte im Alten Reich nicht zu Untertänigkeit und Unfreiheit, sondern zur verfassungsrechtlichen Begrenzung konfessioneller Absolutheitsansprüche und zu einem politisch mündigen Verhalten der Untertanen.“ (S. 221) Eike Wolgast betrachtet unter dem Titel „Gewissenszwang bei Konfessionswechsel?“ Kirchenregiment und Untertanengehorsam in der Kurpfalz, wobei Wolgast mit einigen prinzipiellen Bemerkungen (z.B. zum Reichsrecht) einsetzend sodann die Kurpfalz bis 1556, die Einführung der Reformation sowie die „zweite Reformation“ in der Kurpfalz schildert. Es folgen Bemerkungen zur Relutheranisierung unter Kurfürst Ludwig VI. sowie zur Wiederherstellung der reformierten Landeskirche unter dem Kuradministrator Johann Casimir. Der Verfasser kommt zum dem pointierten Schluss, dass jeder obrigkeitliche Konfessionswechsel bis 1648 „vom einzelnen Untertan theoretisch eine selbständige Entscheidung mit Folgeabschätzung“ – eine Entscheidung, die „Bereitschaft, deren äußere Folgen auf sich zu nehmen“ (S. 252) – erfordert und damit den Weg zum neuzeitlichen Postulat in der Formulierung Kants: „Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ geführt habe. Der Frage, ob Hexenwahn und Hexenverfolgung als eine Folge der Reformation gesehen werden könnten, spürt Kai Lehmann nach und führt dem Leser zunächst die quantitativen Dimensionen dieser „Katastrophe der europäischen Geschichte“ vor: Schätzungen zufolge seien in Europa 60 000 bis 100 000 Menschen zu Opfern von Hexenverfolgungen geworden. Obgleich Luther der Überzeugung gewesen sei, dass es Hexen gebe, dass sie durch ihre Malefizien schädeten und mit dem Tod zu strafen seien (S. 261), finde die These, dass Luther und die Reformation zu einer Verschärfung der Verfolgungen beigetragen hätten, weder literarisch noch zahlenmäßig signifikante Bestätigung. Luther selbst habe – in der gemäßigten „Episcopi-Tradition“ (S. 267) stehend – vor einer allzu großen Hexenpanik gewarnt. Die Luther-Rezeption indes zeige ein ambivalentes Bild (S. 271). Der Hexenwahn könne mithin nicht als direkte Folge der Reformation gewertet werden. Andreas Tacke untersucht die Frage nach Verlierern und Gewinnern auf dem Kunstmarkt durch die Reformation, wobei er die bisweilen kontrovers diskutierte Frage nach den „Bilderstürmen“ thematisiert und darauf hinweist, dass es in Augsburg 1524, 1531 und 1533 nachweisbar Bildzerstörungen gegeben habe (S. 301). Mit einigen Beispielen illustriert der Verfasser den Einfluss der Reformation auf den Kunstmarkt, einzelne Künstlerschicksale und einzelne Werke, aber auch auf ganze Berufsgruppen (Bildhauer, Maler) – in positiver sowie negativer Hinsicht. Mit Blick auf Lucas Cranach d.Ä. spricht Tacke von einer Win-Win-Situation: „Denn in seiner Werkstatt gingen die Anhänger der alten und neuen Kirche ein und aus, er belieferte beide Seiten mit Bildern.“ (S. 315) Ralf Frassek nimmt die Veränderungen im Eherecht infolge der Reformation in den Blick, wobei er zunächst auf die Einrichtung eines neuen Ehegerichts abhebt: Das 1539 begründete, paritätisch mit Theolo-

gen und Juristen besetzte Wittenberger Konsistorium (S. 320–322). Sodann führt er einige Beispiele an. Der Verfasser beschreibt das Eherecht als „ausgesprochen rationales Recht“, das Individualinteressen ausgewogen berücksichtigte. Zugleich zeige sich, dass das evangelische Eherecht des 16. Jahrhunderts „nicht von der Form und dem Umfang der konstituierten Normen, sondern primär durch die Erfahrungswelt und Integrität der berufenen Entscheidungsträger geprägt“ sei (S. 329). Haik Thomas Poroda nimmt in seinem Beitrag einen widersprüchlichen Forschungsbefund zum Ausgangspunkt, um die Frage nach den Folgen der Reformation für die Entfaltung der niederdeutschen Schriftsprache auf den Prüfstand zu stellen (S. 331).<sup>3</sup> Als Faktoren, die den Sprachwechsel vom Nieder- zum Hochdeutschen mitbedingt hätten, nennt er in Anlehnung an Dieter Andresen den Bedeutungsverlust der Hanse als Wirtschaftsmacht, den Einfluss der hochdeutschen Kanzleisprache, den Zustrom landfremder Pfarrer und kirchlicher Amtsinhaber sowie die zunehmende Produktion hochdeutschen Schrifttums. Poroda kommt schließlich zu dem eindeutigen Ergebnis, dass das Mittelniederdeutsche als Schriftsprache nicht als Folge der Reformation (sondern als Folge des Zusammenbruchs der Hanse) eingestuft werden könne (S. 352). Josef Pilvousek nimmt das Konzil von Trient (1545–1563) sowie seine Rezeption in den Blick, indem er nach der römischen Einheitsliturgie als Folge konfessioneller Abgrenzung fragt. Der Verfasser versteht das „Wunder“ von Trient als Fortsetzung der bereits im 15. Jahrhundert einsetzenden katholischen Reformbestrebungen, das als Ausdruck des inneren Erstickens sowie Antwort auf die Herausforderungen der Reformation zu werten sei (S. 363). Pilvousek kommt aufgrund seiner Ausführungen zur Liturgiereform des Konzils zu dem Ergebnis, dass das Pauschalurteil unzutreffend sei, die römische Einheitsliturgie nach Trient sei an allen Orten stets übernommen worden. Vielmehr seien unter dem „schützenden“ Dach derselben bisweilen eigene diözesane liturgische Reformen vollzogen worden (S. 371). Christoph Volkmar untersucht Verlustperspektiven des mitteldeutschen niederen Adels durch die Reformation und nähert sich einem echten Forschungsdesiderat: Überzeugend legt er dar, dass der Adressatenkreis von Luthers Adelschrift in der Forschung zumeist auf die großen Landesfürsten verengt werde (S. 373). Volkmar weist darauf hin, dass Luther in der Vorrede einen Angehörigen des niederen Adels anspreche: Nikolaus von Amsdorf. Dies zum Anlass nehmend untersucht der Verfasser die Rolle des niederen Adels in der Reformation, ein Vorhaben, das gegenwärtig auf einen „miserablen Forschungsstand“ blicke (S. 377). Dabei hatte der niedere Adel – bedenkt man etwa den Machtfaktor Patronatsrecht oder die quasi landesherrliche Funktion einzelner Reichsritter und Grafen – eine einflussreiche Rolle. Volkmar konstatiert abschließend ein widersprüchliches Bild der Rolle des mitteldeutschen niederen Adels für die Reformation, das von Ansätzen einer „Adelsreformation“ über Zurückhaltung bis hin zur Ablehnung reiche und weiterer Erforschung bedürfe. Verlustperspektiven gebe es nicht nur in Hinsicht auf kirchliche Besitzstände des Adels, sondern auch in Hinsicht auf das Erfordernis der Akkulturation in die lutherische Konfessionskultur (S. 400). War

3 Während Renate Herrmann-Winter: Zu Prestige und Bewertung von Niederdeutsch im Wandel der Jahrhunderte, in: Norbert Buske (Hrsg.): Niederdeutsche Bibeltradition – Entwicklung und Gebrauch des Niederdeutschen in der Kirche, Berlin/Altenburg 1990, S. 42–57, die Reformation als eine der Ursachen für die Ablösung des Niederdeutschen durch das Hochdeutsche wertete, interpretierte Hans-Joachim Gernentz: Beiträge zum Rückgang des Niederdeutschen als Literatursprache im 16. und 17. Jahrhundert, in: ebd., S. 58–70, die Reformation als das letzte „Aufbäumen“ des Niederdeutschen.

die Reformation die „Mutter aller Revolutionen“?<sup>4</sup> Dieser Frage spürt Stefan Gerber in seinem Beitrag im Rahmen der neuerlichen Politisierung konfessioneller Konflikte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach und wagt auch einen Ausblick in die Akzentuierungen des Verhältnisses von Reformation und Revolution im 20. Jahrhundert.

Die vorliegenden Beiträge beschreiben die Reformationszeit als Zeit des Umbruchs, verweisen aber auch immer wieder auf Kontinuitäten. Die Frage, ob es sich dabei im Einzelnen um positive Errungenschaften oder um negative Implikationen handelt, scheint den facettenreichen Themen der Beiträge – soziale Fürsorge, Geschlechterordnung, Universitäts- und Bildungswesen, Klöster und ihre Angehörigen, das Verhältnis zum Judentum, Bücherzensur, bäuerliche Gemeinden, Obrigkeitsverständnis, Gewissenszwang, Hexenverfolgungen, Ehe-recht, Sprachentwicklung, römisch-katholische Einheitsliturgie – mal mehr, mal weniger angemessen.

Daniel Bohnert, Frankfurt a.M.

4 Robert Haas: Vertheidigung des Protestantismus gegen die politische Verdächtigung von Seiten des Ultramontanismus nach ihren beiderseitigen Principien und der Geschichte durchgeführt, Gießen 1845, S. 3.

**Maik Reichel, Hermann Otto Solms u.a. (Hrsg.): Reformation und Politik. Europäische Wege von der Vormoderne bis heute, Halle a.d. Saale: Mitteldeutscher Verlag 2015, 399 S.**

Der Titel und vor allem der Untertitel des zu besprechenden Buchs sind etwas irreführend; der Band enthält nicht alles, was sie implizieren. Denn sollte man sich eine Darstellung der Reformation und ihrer „Wege“ in Europa erwartet haben, wird man bitter enttäuscht: Es sind fast ausschließlich deutsche Wege, die besprochen werden – ein Etikettenschwindel ist also nicht völlig auszuschließen. Allerdings versteht sich das Werk als Vorbereitung zum Lutherjahr 2017, und dieses war mehrheitlich doch ein deutsches Ereignis.

Die Autoren des Bandes (es sei hier die ausschließlich männliche Form gestattet, da es neben der Theologin Irene Dingel aus Mainz leider keine weitere Beiträgerin gibt) kommen aus den verschiedensten Fachrichtungen, unter anderem handelt es sich um evangelische und katholische Theologen, Philosophen, Politikwissenschaftler, Juristen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler. Dem Buch ist also zugute zu halten, dass es interdisziplinär angelegt ist. Auch der inhaltliche Aufbau ist als durchaus originell zu bezeichnen. Denn jeder Artikel, außer dem allerletzten, ist begleitet von einem Kommentar, den ein anderer Wissenschaftler liefert, und diese Kommentare sind beinahe so lang wie die Hauptartikel selbst. Die Ausführung sowohl der Artikel als auch der Kommentare ist sehr unterschiedlich, manche sind ausgiebig mit Anmerkungen und weiterführender Literatur versehen, manche sind fast ohne jeden bibliografischen oder Quellennachweis. Diese „Anarchie“ wirkt etwas irritierend, denn von einem wissenschaftlichen Werk ist zu erwarten, dass die verwendeten Quellen und die herangezogene Literatur angegeben werden. Entweder haben hier die Herausgeber zu wenig ordnend eingegriffen oder dies war gar nicht ihre Absicht.

Nun zum Inhalt des Bandes, der in drei Abschnitte eingeteilt ist. Abschnitt 1 steht unter dem Obertitel „Reformation, Glaube, Kirchen – langfristige europäische Entwicklungen“.

Von Europa kommt in den Beiträgen von Thomas Maissen und Oliver Hidalgo sowie im Kommentar von Gerhard Wegner wenig vor, lediglich Ahmet Cavuldak widmet sich in seinem Kommentar Frankreich. Der zweite Abschnitt trägt den Titel „Reformation, Machtpolitik und Konfliktstrukturen in Europa“ und bietet Aufsätze von Heiner Lück und Alfred Kohler – bei diesem kommt Europa sehr wohl vor – sowie Kommentare von Peter März und Holger Th. Gräf. Der dritte Abschnitt schließlich mit dem Titel „Reformation, politische Ordnung und gesellschaftliche Kräfte in Europa“ konzentriert sich auf das Heilige Römische Reich und auf das moderne Deutschland in den Beiträgen von Christoph Strohm, Thomas Großbölting, Olaf Blaschke, Horst Dreier und Patrick Roger Schnabel sowie den Kommentaren der schon erwähnten Irene Dingel, von Stefan Laube, Micha Brumlik und Stefan Mückl. Am Ende des Buches wird schließlich noch eine von Thomas A. Seidel geleitete Podiumsdiskussion mit Joachim Hake, Michael J. Inacker, Rüdiger Sachau und Stefan Zowislo abgedruckt.

Der Eindruck des Bandes bleibt insgesamt zwiespältig, obwohl durchaus auch markante Formulierungen vorkommen, so beispielsweise, „dass der welt(rechts)geschichtlich wirkungsmächtige Dekalog in Luthers Bibelübersetzung (2. Buch Moses) nicht einmal 200 Wörter umfasst“, während die vom Europäischen Parlament und Rat 1994 erlassene „Verordnung über die Vermeidung und Verwendung von Verpackungsabfällen“ fast 9 000 Wörter lang ist (S. 99). Doch für ein Fachbuch ist die Publikation zu wenig dokumentiert, für ein populärwissenschaftliches Werk, das ein breiteres Publikum ansprechen soll, stellenweise zu abgehoben formuliert. Kolloquial könnte man sagen, der Band ist weder Fisch noch Fleisch – leider!

Friedrich Edelmayer, Wien